

# Abfallwirtschaft und Ressourcenmanagement im Dritten Reich

**Dorothee Neumaier**

Institut für Geschichte, Karlsruher Institut für Technologie, E-mail: [Dorothee.Neumaier@gmx.de](mailto:Dorothee.Neumaier@gmx.de)

## Abstract

*The consideration of the history of the Third Reich from an approach concerning waste industry does not only touch aspects of National Socialist economic policy, but also essential elements of social policy. Besides government agencies, representatives from economy and sciences, also the general public is concerned with waste management, and thus mainly with the transformation of formerly unused waste products into exploitable raw resources. In the following, it is attempted to describe the areas of the waste industry (collection, handling/transport, sorting, reutilisation, treatment, accumulation) in the context of general National Socialist structures. The main focus is on a selection of material flows in the light of the extraction of secondary raw resources. Finally, it is also examined to which extent the system of National Socialist waste management resulted from a systemically conditioned necessity, whether it was due to the specific circumstances of the time, or if its peculiarity can be considered as a characteristic of totalitarian political systems.*

**Keywords:** National Socialism, Waste industry, Resource management

Manuscript received 01 February 2013, revised 27 May 2013, accepted 10 July 2013.

Copyright note: This is an open access article distributed under the Creative Commons Attribution License, which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided that the original work is properly cited.

## Die nationalsozialistische Ideologie als Basis der Autarkiepolitik<sup>1</sup>

Die Annäherung an die Geschichte des Dritten Reiches mit einem abfallwirtschaftlichen Ansatz beinhaltet nicht nur Aspekte der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, sondern auch wesentliche Elemente ihrer Gesellschaftspolitik.<sup>2</sup> Einen Überblick über die Entwicklungslinien, wesentlichen Grundprobleme und Tendenzen der Forschung lieferte Klaus Hildebrand

in seiner Monografie *Das Dritte Reich*<sup>3</sup>. Welche Aktualität die Themenbereiche der Kriegsmobilisierung und der Ressourcenkonflikte im Nationalsozialismus trotz einer zunehmenden Intensität der Forschung in den letzten Jahrzehnten immer noch besitzen, beweist der Tagungsbericht des Historikerverbandes von 2012.<sup>4</sup>

Von der Bewirtschaftung der Abfälle, das heißt der Überführung vormalig ungenutzter Stoffe in verwertbare Rohstoffe, waren nicht nur staatliche Behörden und Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft betroffen, sondern auch eine breite Öffentlichkeit. Insbesondere die Ebene Sammlung ist von

<sup>1</sup> Der nachfolgende Aufsatz basiert auf einer Magisterarbeit, welche im Jahr 2012 im Rahmen einer interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen dem Karlsruher Institut der Technologie (KIT), Institut für Geschichte und dem Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie (ICT) angefertigt wurde. Die universitäre Betreuung erfolgte durch Herrn Prof. Dr. Gleitsmann-Topp, während Prof. Dr. Woidasky die Projektleitung am ICT innehatte. Die Archivalien befinden sich zum größten Teil in der Sammlung Erhard im Umweltbundesamt Dessau-Roßlau (UBA).

<sup>2</sup> Werner Bühner, *Wirtschaft*, in: Wolfgang Benz u. a. (Hg.), *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*, München <sup>5</sup>2001, 113-129.

<sup>3</sup> Klaus Hildebrand, *Das Dritte Reich*, München <sup>7</sup>2009, 141-152.

<sup>4</sup> Tagungsbericht *HT 2012: Kriegsmobilisierung und Ressourcenkonflikte im Nationalsozialismus 1936-1945*. 25.09.2012-28.09.2012, Mainz, in: *H-Soz-u-Kult*, 12.03.2013, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=4720>>. (Eingesehen am 20.04.2013, 10.17 Uhr).

besonderer Tragweite, da hier die Schnittstelle zum Bürger liegt. Ohne die Mitarbeit der Volksgenossen<sup>5</sup> hätte keine effektive Abfallwirtschaft stattfinden können.<sup>6</sup>

Die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, der Versailler Vertrag<sup>7</sup>, die Inflation und die Weltwirtschaftskrise schufen den Nährboden für die Autarkiebestrebungen der – zunächst noch – bürgerlich-nationalistischen Kreise, die eine wirtschaftliche Abschottung gegenüber internationaler Verflechtungen und Zwängen der Weltwirtschaft propagierten und eine Großraumwirtschaft in Form eines von Deutschland dominierten Wirtschaftsblocks anstrebten.<sup>8</sup> Die Nationalsozialisten übernahmen diese Idee der Autarkie und integrierten sie in die Kriegsvorbereitung. Ideologisch verwoben mit den nationalsozialistischen Autarkiebestrebungen war der Rassegedanke, welcher Menschen entsprechend der Rassenlehre als minder- oder höherwertig, als kulturfähig oder kulturlos kategorisierte.<sup>9</sup> Die deutsche Herrenrasse sollte demzufolge die minderwertigen Völker beherrschen. Mit Schlagworten wie Mutter Erde, deutsche Scholle und ein Volk ohne Raum wurden die Menschen auf den Lebensraum eingeschworen.<sup>10</sup> Der Weg zu einer imperialen Großmacht, einhergehend mit der Eroberung von Lebensraum, erforderte folglich eine starke Armee und eine möglichst autarke – also unverwundbare – Wirtschaft.<sup>11</sup> Da das NS-Regime die wirtschaftspolitische Autarkie

anstrebte, forcierte sie die sogenannte Altstoffwirtschaft. Die getrennte Sammlung von Abfällen beziehungsweise Sekundärrohstoffen entwickelte sich zu einem wesentlichen Baustein der nationalsozialistischen Rohstoff- und Abfallwirtschaft.<sup>12</sup>

### Der Aufbau einer zentral gelenkten Abfallwirtschaft

Bereits vor dem Aufbau einer zentral gelenkten Abfallwirtschaft im Jahr 1936 wurden schon frühzeitig Versuche unternommen, Abfälle wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückzuführen.<sup>13</sup> Da im Deutschen Reich rüstungsnotwendige Metalle, mit Ausnahme von Eisen und Zink, nicht verfügbar waren, sollten alle Metalle, die aus Abfall oder Altmetall gewonnen werden konnten, dem Verbrauch wieder zugeführt werden.<sup>14</sup> Hierbei wird deutlich, dass die Bemühungen des Sammelns in dem konkreten politischen Zusammenhang der Aufrüstung, stehen.

Da im Altstoffhandel in den 1930er Jahren viele sozial und gesundheitlich Benachteiligte sowie zahlreiche Juden arbeiteten, bedeutet dies, aus der nationalsozialistischen Perspektive betrachtet, dass ein Teil des Autarkieprogramms zunächst noch von *rassisch Minderwertigen* bewerkstelligt wurde.<sup>15</sup> *Lumpensammler*, regional auch als Naturforscher oder *Klüngelskerle* bezeichnet,<sup>16</sup> stellten die operative Ebene der *Kundenschnittstelle* des Altstoffhandels dar: Sie hatten Zugang zu den Privathaushalten. Dementsprechend lag dort die Schnittstelle zum Bürger, so dass es für das NS-Regime – trotz der propagierten *Rassenideologie* – zunächst noch nicht zweckdienlich war, von vorneherein auf die Kooperation mit dem Altstoffhandel zu verzichten.<sup>17</sup>

<sup>5</sup> Michael Hensle, Volksgenosse, in: Wolfgang Benz u. a. (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München <sup>5</sup>2007, 856: Gebräuchliche Propagandaformel der Nationalsozialisten, mit der dem Einzelnen die Zugehörigkeit zu einer die sozialen Unterschiede überbrückenden Volksgemeinschaft suggeriert werden sollte. Ausdrücklich ausgeschlossen worden waren bereits im NSDAP-Parteiprogramm von 1920 sogenannte *Fremdvölkische*.

<sup>6</sup> Norbert Frei, Der Führerstaat, Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München <sup>6</sup>2001, 105-113.

<sup>7</sup> Rainer A. Blasius, Versailles (Friedensvertrag), in: Wolfgang Benz u. a. (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München <sup>5</sup>2007, 849-850: Unterzeichnung am 28.06.1919, Inhalt u. a. Abtretung der Kolonien, Danzigs und des Polnischen Korridors sowie die Besetzung des Saarlands und des linksrheinischen Gebietes mit rechtsrheinischen Stützpunkten, weitgehende Rüstungsbeschränkungen, Reparationszahlungen.

<sup>8</sup> Dietrich Eichholtz, Autarkie, in: Wolfgang Benz u. a. (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München <sup>5</sup>2007, 428.

<sup>9</sup> Walther Hofer (Hg.), Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933–1945, Frankfurt/Main 1957, 10-18.

<sup>10</sup> Jörg Melzer, Vollwerternährung, Diätetik, Nationalsozialismus, sozialer Anspruch, Stuttgart 2003, 150.

<sup>11</sup> Dietmar Petzina, Der nationalsozialistische Vierjahresplan von 1936, Entstehung, Verlauf, Wirkungen, Mannheim 1965, 17.

<sup>12</sup> Bernhard Gallenkemper u. a., Entwicklung der Entsorgung, in: Arnd I. Urban u. a. (Hg.), Weiterentwicklung der Abfallsammlung, Abfallwirtschaft ohne Duale Systeme?, Kassel 2007, 9-16, hier 10.

<sup>13</sup> Friedrich Huchting, Abfallwirtschaft im Dritten Reich, in: Technikgeschichte 48 (1981), 252-273, hier 258.

<sup>14</sup> Hans Gerhardt/Albert Höfner, Deutsche Roh- und Werkstoffe, Ein Lehr- und Lesebuch für jedermann, Frankfurt/Main 1938, 342. Anmerkung: Die Quellenangaben der zeitgenössischen Publizisten sollten mit Vorsicht interpretiert werden.

<sup>15</sup> Susanne Köstering, „Pioniere der Rohstoffbeschaffung“, Lumpensammler im Nationalsozialismus, 1934-1937, in: Werkstatt Geschichte 17 (1997), 45-65, hier 45 f.

<sup>16</sup> Ralf Breer u. a. (Hg.), Asche, Kehricht, Saubermänner, Stadthygiene, Stadtentwicklung und Städtereinigung in Deutschland bis 1945, Selm 2010, 307.

<sup>17</sup> Köstering, Hamburg (wie Anm. 15), 45.



Bereits im Sommer 1934 setzte die staatliche Rohstoffbewirtschaftung ein.<sup>18</sup> Ab 1935 gehörten die Altstoffsammler offiziell zur NS-Fachgruppe *Rohproduktengewerbe*.

Zwischen 1933 und 1935 wurde die Neuordnung der gewerblichen Wirtschaft und der Industrie mithilfe verschiedenster Gesetze vorangetrieben.<sup>19</sup> Hierbei erfolgte die fachliche Gliederung der Wirtschaft in Verbände (Wirtschaftsgruppen), in denen die Mitgliedschaft obligatorisch war. Die einzelnen Wirtschaftsgruppen wurden in der Reichswirtschaftskammer zusammengefasst, deren Vorsitzende, ebenso wie die der Wirtschaftsgruppen, vom Reichswirtschaftsminister als *Führer* ernannt wurden.<sup>20</sup> Auf regionaler Ebene arbeiteten die Verbände und Kammern in der Gauwirtschaftskammer zusammen. Die Arbeit dieser Institution erstreckte sich auf fast alle zentralen wirtschaftspolitischen Fragen.<sup>21</sup> Das wichtigste Ergebnis dieser Neuorganisation war, dass nun sämtliche Unternehmen und Unternehmer, große Konzerne ebenso wie Einzelselbstständige, in die Wirtschaftsordnung und die damit einhergehende Befehlshierarchie eingebunden waren.<sup>22</sup>

### Die Entwicklung der Abfallwirtschaft bis 1939

Die weitere Entwicklung der Abfallwirtschaft bis zum Kriegsausbruch im Jahr 1939 war wesentlich vom Vierjahresplan (VJP) bestimmt. Die unmittelbaren Anlässe – die sich im Sommer 1936 erneut verschärfende Rohstoff- und Devisenkrise, sowie der Eindruck, dass die bislang ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen die deutsche Aufrüstung in dem geforderten Tempo nicht garantieren konnten – veranlassten Hitler, im August 1936 das wirtschaftspolitische Konzept in einer Denkschrift vorzugeben.<sup>23</sup> Am 9. September 1936 proklamierte Hitler auf dem Parteitag der Ehre in Nürnberg das „neue Vierjahresprogramm“<sup>24</sup>. Für die Öffentlichkeit wurden die damit verbundenen Kriegspläne jedoch nicht offengelegt, sondern aus propagandistischen Gründen

die Gleichsetzung des VJP mit Autarkiepolitik vertreten.<sup>25</sup> Am 18. Oktober 1936 ernannte Hitler Göring zum Beauftragten für den Vierjahresplan, der mit dieser weit gefassten Generalvollmacht „praktisch zum Diktator auf dem Gebiet der Wirtschaft bestellt“<sup>26</sup> wurde.

Für die Altstoffwirtschaft bedeutete der VJP von 1936 eine Zäsur.<sup>27</sup> Die „wirtschaftliche Mobilmachung“<sup>28</sup> auf allen Gebieten zielte darauf, den Zugriff auf Rohstoffe so zu vergrößern, dass er mit dem Aufrüstungstempo Schritt halten konnte. Folglich wurde auch der Altstoffhandel radikal umstrukturiert, um seine Effizienz zu erhöhen. Bereits Ende des Jahres 1936 konnten erste Bemühungen zum Aufbau einer zentral gelenkten Abfallwirtschaft verzeichnet werden.<sup>29</sup> Die VJP-Geschäftsgruppe *Rohstoffverteilung* unter der Federführung des badischen Ministerpräsidenten Köhler<sup>30</sup> legte Ende November 1936 die erste Anordnung zur Erfassung von Altmaterialien in Haushalten vor. Schon frühzeitig sollte in Form gezielter Anordnungen der entstehenden Sekundärrohstoffwirtschaft eine nationalsozialistische bürokratische Struktur gegeben werden. Der nun einsetzende Aufbau eines umfangreichen Verwaltungsapparates gipfelte im August 1937 in der Bildung einer selbstständigen Dienststelle des *Reichskommissars für Altmaterialverwertung im Vierjahresplan*, die bis 1940 SA-Standartenführer Wilhelm Ziegler<sup>31</sup> innehatte. Mit dem staatlichen Kontroll- und Anleitungsapparat sollten Strukturen aufgebaut werden, um eine kontinuierliche und fachkundige Sammlung und Sortierung von Altmaterialien gewährleisten zu können.<sup>32</sup> Durch den gezielten Aufbau eines mittelständischen Rohstoffgewerbes verlor der bisherige Altstoffhandel jegliche wirtschaftspolitische Macht: Die mittleren Handels-

<sup>25</sup> Alfred Kube, *Pour le mérite und Hakenkreuz*, Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986, 161.

<sup>26</sup> Petzina, Mannheim (wie Anm. 11), 54.

<sup>27</sup> Köstering, Hamburg (wie Anm. 15), 55.

<sup>28</sup> Ebenda.

<sup>29</sup> Huchting, Berlin (wie Anm. 13), 258.

<sup>30</sup> Walter Köhler, 30.09.1897–09.01.1989, ab Mai 1933 Ministerpräsident von Baden, gleichzeitig badischer Finanz- und Wirtschaftsminister, ab November 1933 Mitglied des Reichstages, Wahlkreis Baden, preußischer Staatsrat, SA-Obergruppenführer, Leiter der Wirtschaftskammer Baden in Karlsruhe.

<sup>31</sup> Wilhelm (auch Willy) Ziegler, 31.07.1899–19.01.1942, ab Mai 1931 SA-Standartenführer der SA-Standarte 110, 1932 Mitglied des Reichstages, Wahlkreis Baden, NSDAP-Fraktion.

<sup>32</sup> Huchting, Berlin (wie Anm. 13), 260.

<sup>18</sup> Ebenda, 49.

<sup>19</sup> Huchting, Berlin (wie Anm. 13), 254.

<sup>20</sup> Friedrich-Wilhelm Henning, *Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1978*, Paderborn 1979, 145.

<sup>21</sup> Huchting, Berlin (wie Anm. 13), 254.

<sup>22</sup> Henning, Paderborn (wie Anm. 20), 145 f.

<sup>23</sup> Petzina, Mannheim (wie Anm. 11), 47.

<sup>24</sup> Zentralverlag der NSDAP (Hg.), *Der Parteitag der Ehre vom 8. bis 14. September 1936*, Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongressreden, München 1936, 42.

betriebe wurden stark reduziert sowie die Zahl der Großhandlungen beschränkt. Jüdische Betriebe wurden *arisiert* und nichtjüdische kapitalschwache geschlossen. Die erzwungenen Strukturmaßnahmen wurden sowohl von einer antijüdischen Wirtschaftspolitik als auch von der Verdrängung *rassisch Minderwertiger* begleitet. Ende 1936 setzten verstärkt antijüdische Maßnahmen ein. Der gesetzliche Ausschluss der jüdischen Lumpensammler wurde schließlich mit einer Änderung der Reichsgewerbeordnung, nach der Juden nicht mehr im Hausierhandel arbeiten durften, im Juli 1938 verankert: Ihre Gewerbescheine wurden zum 30. September 1938 ungültig.<sup>33</sup> Da das bestehende Rohproduktengewerbe jedoch wesentlich von jüdischen Händlern betrieben worden war, rissen die antisemitischen Maßnahmen große Lücken in die bestehenden Strukturen. Angesichts der forcierten Aufrüstungspolitik, die auf die gesammelten Altstoffe angewiesen war, mussten diese Lücken möglichst schnell geschlossen werden, um ein leistungsfähiges Rohproduktengewerbe aufbauen zu können.<sup>34</sup> Dies sollte auf zwei Wegen erreicht werden: Zum einen sollte die Existenz der einzelnen Rohproduktenhändler durch wirtschaftliche Schutzmaßnahmen gesichert, zum anderen durch eine fachliche Betreuung in der gewerblichen Organisation und durch staatlichen Druck ein gewisser Berufsethos durchgesetzt werden. Um die ökonomische Absicherung der Sammler und Sammlerfirmen zu gewährleisten, wurde das ganze Reich im Winter 1937/1938 in Pflichtsammelbezirke eingeteilt und alle Sammler als *Pflichtsammler der NSDAP* erfasst.<sup>35</sup> Gleichzeitig wurden die Pflichtsammler durch ein festes, nur schriftlich zu kündigendes Arbeitsverhältnis einem Pflichtbezirkshändler unterstellt. Diese wiederum waren verpflichtet, das Material zu vorgeschriebenen Preisen anzukaufen. Nach Abschluss der Pflichtsammelungen wurden die Sammler explizit dazu veranlasst, in den benachbarten Bezirken ihre ehemaligen Stammlieferantinnen aufzusuchen. Diese Anordnung bedeutete nicht nur erhebliche Mehrarbeit, sondern auch die zwangsläufige Rivalität der Sammler. Diese Konkurrenzsituation wurde von der NSDAP bewusst erzeugt, da man sich hiervon eine Motivationssteigerung für engagiertes Altstoffsammeln erhoffte. Gleichzeitig wurden die Hausfrauen

immer häufigeren Sammelaktionen ausgesetzt. Die Intensivierung des Kontakts zwischen Sammler und Hausfrau, im NS-Fachjargon als *Konnex* bezeichnet, wurde gezielt vorangetrieben, um die Distanz soweit zu verringern, dass das NS-Regime mit seinem totalitären Machtanspruch gleichsam bis an die Türschwelle der Privathaushalte vorrücken konnte.<sup>36</sup>

#### Müllsortierung: „Die totale Nutzung des Mülls“

Der zeitgenössische Publizist Claus Ungewitter propagierte in seinem Werk *Verwertung des Wertlosen*<sup>37</sup> die „totale Nutzung des Mülls“.<sup>38</sup> Um die restlose Erfassung der Altstoffe entsprechend dem VJP voranzutreiben, wurde die Altstoffsammlung und -verwertung auch auf den städtischen Hausmüll ausgedehnt.<sup>39</sup> Anfang Mai 1937 wurden durch einen Erlass alle größeren Gemeinden verpflichtet, „für die intensive Erfassung aller im Müll noch verwertbaren Alt- und Abfallstoffe Sorge zu tragen“<sup>40</sup>. Am 11. August 1937 erließ Göring als Beauftragter des VJP eine „Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes über die Erfassung und Verwertung der Alt- und Abfallstoffe aus Müll“<sup>41</sup>, wonach alle Gemeinden mit mehr als 35.000 Einwohnern eine möglichst restlose Müllsortierung vorzunehmen hatten, um so alle enthaltenen Alt- und Abfallstoffe erfassen zu können. Der Gedanke, verwertbare Stoffe dem Müll zu entziehen, war jedoch keineswegs neu. Daher war auch die Problematik bekannt, dass Müllsortieranlagen nicht kostendeckend arbeiten konnten, so dass Müllsortieranlagen nicht mehr neu errichtet wurden, um die hohen Investitions- und Betriebskosten zu vermeiden.<sup>42</sup> Vielmehr wurde auf die altbewährte Methode der Schalung zurückgegriffen, bei der Frauen, Rentner und invalide Männer mit Kratzern die städtischen Müllhalden durchwühlten. Erste

<sup>36</sup> Köstering, Hamburg (wie Anm. 15), 57.

<sup>37</sup> Claus Ungewitter, *Berlin des Wertlosen*, Berlin 1938.

<sup>38</sup> Ebenda, 186.

<sup>39</sup> Susanne Köstering, „Millionen im Müll?“, *Altmaterialverwertung nach dem Vierjahresplan*, in: Susanne Köstering/ Renate Rüb (Hg.), *Müll von gestern? Eine umweltgeschichtliche Erkundung in Berlin und Brandenburg*, Münster 2003, 139-149, hier 143.

<sup>40</sup> NN Tobler, *Müllausortierung oder Haushaltssammlung?*, in: *Die Städtereinigung 12 (1937)*, 319-320, hier 319.

<sup>41</sup> Friedrich Behrens (Hg.), *Der Vierjahresplan, Eine Sammlung der amtlichen Bestimmungen erläutert aus der praktischen Arbeit*, Berlin 1936, C 28.

<sup>42</sup> Rudolf Braune, *Das Müll, seine Sammlung, Abfuhr und Verwertung unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Verhältnisse*, Berlin 1938, 118-120.

<sup>33</sup> Köstering, Hamburg (wie Anm. 15), 56.

<sup>34</sup> Huchting, Berlin (wie Anm. 13), 262.

<sup>35</sup> Köstering, Hamburg (wie Anm. 15), 56.

Sammelergebnisse von September, Oktober und November 1937 sowie aus dem ersten Vierteljahr 1938 aus 149 Städten zeigten, dass die Aussortierung zu einer Steigerung der Sammelergebnisse im Vergleich zu 1936 – insbesondere bei Konservendosen und Eisen/Schrott – geführt hatte.<sup>43</sup> Die Anzahl der gesammelten Konservendosen konnte von 67 kg (1937) auf 105 kg (1938) gesteigert werden, während sich das Sammelergebnis von Eisen/Schrott von 144 kg (1937) auf 173 kg (1938) erhöhte.

### Küchenabfälle für das Ernährungshilfswerk

Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) war, nach der Deutschen Arbeitsfront (DAF), die größte Massenorganisation des Nationalsozialismus.<sup>44</sup> Sie war eine Wohlfahrtsorganisation für Volksgenossen, die sich in wirtschaftlicher oder sozialer Not befanden. Neben dem Winterhilfswerk besaß sie Familien- und Jugendhilfeeinrichtungen, über die groß angelegte Erholungsmaßnahmen, Mütterverschickungen und auch die prestigeträchtige Kinderlandverschickung organisiert wurden. Zugleich teilte die NSV als Parteiorganisation in Form eines angeschlossenen Verbandes der NSDAP den Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus und etablierte sich im öffentlichen und privaten Leben als zunehmend wichtiger Außenposten der Partei. Die Expansion der NSV sowie ihre zahlreichen Einzelwerke und -aktionen waren so wirkungsvoll, dass die NSV direkt in die wirtschaftliche Mobilmachung und somit auch in die Abfallwirtschaft eingespannt wurde, um so einen eingespielten Organisationsapparat nutzen zu können.<sup>45</sup> Am 10. Oktober beauftragte Göring schließlich das Hauptamt für Volkswohlfahrt damit, eine landesweit einheitliche Sammlung und Verwertung aller Küchenabfälle zu organisieren, um sie einer groß angelegten Schweinemast zuzuführen. Dementsprechend wurde unter dem NSV-Reichswalter Erich Hilgenfeldt, von Göring zum Reichsbeauftragten für die Erfassung und Verwertung der Küchen- und Nahrungsmittelabfälle im Rahmen des Vierjahresplanes bestellt, ein Ernährungshilfswerk (EHW) aufgebaut. Gleichzeitig wurde die gesamte Bevölkerung zur aktiven Mitar-

beit aufgerufen. Das EHW wandte sich insbesondere an die Gruppe der Hausfrauen und verteilte Merkblätter an die Haushalte. Um eine getrennte Erfassung der Küchenabfälle sicherzustellen, wurden die Haushaltungen verpflichtet, ein besonderes Behältnis für Küchenabfälle anzuschaffen.<sup>46</sup> Der „zeitgemäße [...] Kücheneimer, auch Zwilling- oder Doppeleimer genannt“,<sup>47</sup> war ein Reichspatent, dessen oberer Eimerteil nur für Küchenabfälle vorgesehen war (Figure 1. Zeitungsausschnitt Zwillingkücheneimer). Der untere Teil nahm ungefähr zwei Drittel des gesamten Eimers ein und war für Müll und nicht mehr verwertbare Abfälle bestimmt. Der Deckel des oberen Eimers passte auch gleichzeitig auf den unteren Eimer, sodass die verschiedenen Eimerteile separat zum Entleeren bzw. zur Abholung bereitgestellt werden konnten. Um der Verpflichtung der Haushalte zur getrennten Sammlung von Küchenabfällen den nötigen Nachdruck zu verleihen, wurde am 10. Oktober 1939 eine Verordnung erlassen, welche die Polizei ermächtigte, in den einzelnen Haushaltungen zu kontrollieren, ob Küchenabfälle gesammelt und in dem einzig zulässigen NSV-Eimer aufbewahrt wurden.<sup>48</sup> In Kantinen, Großküchen und Krankenhäusern gab es entsprechend größere Sammelgefäße wie beispielsweise emaillierte NSV-Eimer, die zum Teil auch als Hausammeleimer fungierten. Dort hinein sollten alle Haushaltungen ihre – zuvor in Doppeleimer gesammelten – Küchenabfälle umleeren. Insgesamt war die Vorgehensweise beim Aufbau des EHW genauso rücksichtslos wie beim Aufbau des Rohproduktengewerbes.<sup>49</sup> Den Händlern, die bis dato gewerbsmäßig Küchenabfälle gesammelt hatten, wurde die ökonomische Grundlage entzogen und sie waren gezwungen, entweder dem EHW beizutreten oder ihr Gewerbe aufzugeben.

<sup>43</sup> Ungewitter, Berlin (wie Anm. 37), 188.

<sup>44</sup> Herwart Vorländer, Die NSV, Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation, Boppard am Rhein 1988, 1.

<sup>45</sup> Ebenda, 87.

<sup>46</sup> Huchting, Berlin (wie Anm. 13), XX.

<sup>47</sup> Sammlung Erhard UBA, Ordner Z III, Zeitungsausschnitte, Dokument Z III 154.

<sup>48</sup> Huchting, Berlin (wie Anm. 13), 268 f.

<sup>49</sup> Ebenda, 269.



Figure 1. Zeitungsausschnitt Zwillingskücheneimer<sup>50</sup>

Die einzelnen Betriebe des EHW für die Schweinezucht wurden nach modernsten Erkenntnissen für eine angestrebte industrielle Produktion für Schweinefleisch gebaut. Zudem wurde die Schweinemast mit wissenschaftlicher Begleitung durchgeführt. Die ständigen veterinärmedizinischen Kontrollen sollten sicherstellen, dass die Verfütterung der Küchenabfälle keine Seuchenerkrankungen bei den Tieren hervorrief. Obwohl dieser Teil der Abfallwirtschaft mit gutem Erfolg arbeitet, konnte das Ziel, jährlich eine Million Schweine zu mästen, nicht erreicht werden.<sup>51</sup> Vielmehr wurde, auch angesichts der nachfolgend dargestellten Steigerung des Sammelaufkommens, die Jahresrate von 200.000 Schweinen wohl zumeist nur wenig überschritten. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1937 wurden in Berlin 120.000 Zentner Küchenabfälle abgefahren, während 1938 diese Zahl bereits nach fünf Monaten erreicht wurde. Anfang Juli 1938 verfügte das EHW über einen Schweinebestand von insgesamt 95.616 Tieren, der sich bis zum Jahresende auf 113.388 Tiere vergrößerte.<sup>52</sup>

### Propagandaaktionen

Die Kooperation der Bevölkerung war der Dreh- und Angelpunkt für eine wirtschaftliche Erfassung von Sekundärrohstoffen im nationalsozialistischen Deutschland.<sup>53</sup> Um das Potenzial wertvoller Abfall-

stoffe einer Weiterverwertung zuzuführen, beschritt man zwei sich ergänzende Wege: Zum einen sollte jeder *Volksgenosse* in die Verantwortung genommen und mit praktischen Aufgaben in dieses System eingegliedert werden. Zum anderen sollte mit umfangreichen Propagandafeldzügen nicht nur eine möglichst restlose Erfassung der Altmaterialien, sondern auch eine frühzeitige Sortierung am Entfallort erzielt werden. Jahrelange Propagandaaktionen sollten die Bevölkerung nicht nur zur Sparsamkeit, Schadenverhütung und Schädlingsbekämpfung anhalten, sondern auch auf eine allmähliche Verringerung des Konsumbedarfs vorbereiten. Nach den gleichen Grundsätzen sollte auch der Absatz aus deutschen Rohstoffen gefertigter Textilien und Gebrauchsgegenstände gefördert werden, wobei auch hier die Tendenz bestand, hochwertige Waren durch solche geringerer Qualität zu ersetzen.<sup>54</sup>

### „Kampf dem Verderb“

Zeitgleich zu der Ausstellung *Kampf um 1 1/2 Milliarden. Kampf dem Verderb. Kampf gegen Sachverluste in der Volkswirtschaft*, die vom 23. bis 31. Oktober in Köln stattfand,<sup>55</sup> startete unter der Parole *Kampf dem Verderb* eine groß angelegte Kampagne, bei der Handel, Industrie, REM, Reichsnährstand, Propaganda- und Wirtschaftsminister, Reichsgesundheitsamt, Verbraucherforschungsinstitute sowie DAF und das Deutsche Frauenwerk zusammenarbeiteten.<sup>56</sup> Diese vom Werberat koordinierte und rasch verbreitete Aktion sollte jedem Einzelnen verdeutlichen, dass Umsicht, Sauberkeit und Ordnung im Umgang mit Rohstoffen und insbesondere mit Lebensmitteln die Devisenlage des Deutschen Reiches wesentlich verbessern würde, wobei der Zusammenhang mit der Aufrüstung verschwiegen wurde.<sup>57</sup> Obwohl der Schwerpunkt der Kampagne auf der Erhaltung von Lebensmitteln und ihren Vorprodukten lag, sollten gleichzeitig auch Tier- und Pflanzenkrankheiten bekämpft, Schädlingsbefall verhindert, Wertstoffe in der Industrie eingespart und die Substitution impor-

<sup>50</sup> Sammlung Erhard UBA, Ordner Z III, Zeitungsausschnitte, Dokument Z III 54.

<sup>51</sup> Vorländer, Boppard am Rhein (wie Anm. 44), 88.

<sup>52</sup> Cornelia Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 2000, 210.

<sup>53</sup> Huchting, Berlin (wie Anm. 13), 265.

<sup>54</sup> Jutta Sywottek, Mobilmachung für den totalen Krieg, Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg, Opladen 1976, 99 f.

<sup>55</sup> Frank Sperling, „Kampf dem Verderb“ mit allen Mitteln? Der Umgang mit ernährungsbezogenen Gesundheitsrisiken im „Dritten Reich“ am Beispiel der chemischen Lebenskonservierung, Stuttgart 2011, 46.

<sup>56</sup> Uwe Westphal, Werbung im Dritten Reich, Berlin 1989, 142.

<sup>57</sup> Huchting, Berlin (wie Anm. 13), 265.

tierter Rohstoffe durch inländische vorangetrieben werden.<sup>58</sup> Der Werberat sorgte für eine rasche Verbreitung und Durchsetzung der einzelnen *Kampf dem Verderb*-Aktionen. Dazu wurde ein genauer Annoncenplan entwickelt, der auch Ferien und saisonale Schwankungen berücksichtigte, um zielgenau die Mitteilungen den Verbraucher zu bringen.<sup>59</sup> Nahezu für jede Aktion der Kampagne gab es entsprechende Symbolfiguren. Das *Flämmchen* sollte zu einem sparsamen Holz- und Kohleverbrauch ermahnen, das Ungeheuer namens *Groschengrab* einer Anzeigenserie der Pressepropaganda zog den Hausfrauen das Geld aus der Tasche und fraß liegen gelassene Abfälle und Speisereste gierig auf.<sup>60</sup> Die Gleichschaltung der NS-Presse begünstigte bei dieser Aktion den umfassenden Medieneinsatz, der sich auch auf den Reichsrundfunk erstreckte.<sup>61</sup> In bemüht witzig volkstümlicher Weise wurden zentrale Aufklärungsfeldzüge durchgeführt. Neben Comics, die diese ernste Thematik lustig darstellten, griff man meist auch zu etwas unbeholfeneren Reimereien, deren Versmaß nicht stimmte.<sup>62</sup> Im Frühjahr 1937 wurde im Rahmen der Kampagne ein Flugblatt verteilt (Figure 2. Flugblatt *Kampf dem Verderb!*), anhand dessen die propagandistische Intention der Nationalsozialisten exemplarisch dargestellt werden kann. Die vier comicartigen Abbildungen waren ein umfassender Aufruf zur Altmaterialsammlung. Hierbei sollte ein direkter Zugriff auf die Gruppe der Hausfrauen erfolgen, was sich daraus erklärt, dass fast durchgängig die volkstümliche Sütterlinschrift verwendet wurde.<sup>63</sup> Bis zur amtlichen Umstellung auf die lateinische Schreibschrift war die Sütterlinschrift die alleinige Ausdrucksform derer, die nur eine Volksschulbildung genossen hatten, während die lateinische Schrift fremdsprachigen Texten vorbehalten war und dementsprechend als Privileg der Bildungsschicht galt. Die Reime sind teilweise sehr sperrig: „Dieser Ruf, er gilt Euch allen: Holz gibt's für Kartoffelschalen!“/ „Gebt auf jedes Kästchen acht, die an Kiosken angebracht.“<sup>64</sup> Etwas flüssiger

klingen die beiden anderen Reime: „Eimer werden aufgestellt, damit das Sammeln leichter fällt.“/ „Tuben werft zum Abfall nie! Die Hitlerjugend sammelt sie!“<sup>65</sup>. Die fundamentale Botschaft des Flugblatts ergibt sich, wenn man die vier Bilder in ihrer Abfolge liest: Während der Rohprodukthändler auf der Straße noch ein Angebot verkörpert, dessen Annahme freiwillig bleibt, dringt der HJ-Junge in die Wohnung als privaten Bereich ein. Der Staat und die von ihm seine geforderte Erfassung der Altstoffe ist vom (Privat-)Haushalt bis zur Straße (Zeitungskiosk) und in den Freizeitbereich so allgegenwärtig. Die Kontrollfunktion der Jugend – die nach Kriegsbeginn noch verstärkt wurde – tritt deutlich zutage, da der Junge als Funktionsträger in einer hoheitlichen Uniform dargestellt wird. Gerade in dieser vordergründig harmlosen, *kindlichen* Form des Aufrufs liegt die Bedrohung: Die Jugend als Träger des neuen Staates kontrollierte den privaten Bereich der nicht „Linientreuen“<sup>66</sup> und „wer konnte sicher sein, daß der ausgequetschte Tuben sammelnde HJ-Bengel“<sup>67</sup> eine Verweigerung des Sammelauftrufs nicht denunzierte? Die Verunsicherung und permanente Spannung durch diese effektive Kontrolle präg(t)en viele Zeitzeugenerinnerungen.<sup>68</sup>

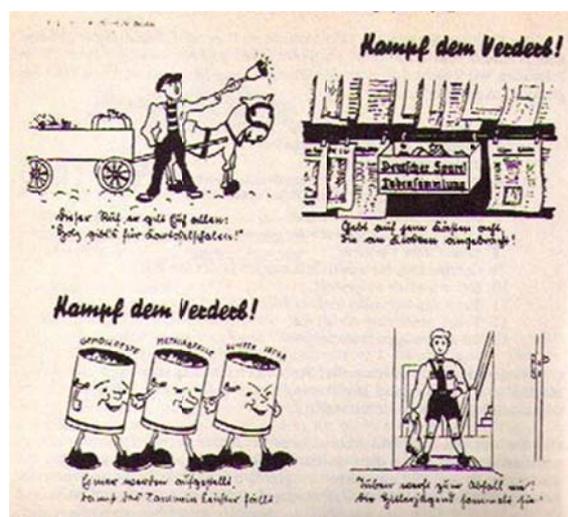


Figure 2. Flugblatt *Kampf dem Verderb!*<sup>69</sup>

<sup>58</sup> Sperling, Stuttgart (wie Anm. 55), 45 f.

<sup>59</sup> Westphal, Berlin (wie Anm. 56), 143.

<sup>60</sup> Sywottek, Opladen (wie Anm. 54), 101.

<sup>61</sup> Westphal, Berlin (wie Anm. 56), 143 f.

<sup>62</sup> Utz Maas, „Als der Geist der Gemeinschaft eine Sprache fand“, Sprache im Nationalsozialismus, Versuch einer historischen Argumentationsanalyse, Opladen 1984, 36.

<sup>63</sup> Ebenda, 27-29.

<sup>64</sup> Ebenda, 36.

<sup>65</sup> Ebenda.

<sup>66</sup> Ebenda, 38.

<sup>67</sup> Westphal, Berlin (wie Anm. 56), 144.

<sup>68</sup> Maas, Opladen (wie Anm. 62), 37.

<sup>69</sup> Ebenda, 36.

### Altpapiersammlungen

Im landläufigen Sinne verstand man unter Altpapier sowohl die Abfälle aus der Papiererzeugung und Papierverarbeitung als auch das gebrauchte Papier aus Behörden, Industrie, Gewerbe und Haushalt.<sup>70</sup> Sofern es sich bei Altpapier nur um alte Zeitungen, Zeitschriften und Magazine handelte, wurden diese von den Rohprodukthändlern gesammelt, sortiert und gebündelt. Das gesammelte Material wurde an einen Mittelhändler verkauft, der wiederum seine Ware, sobald er einige Tonnen angesammelt hatte, an den Großhändler weitergab. Bei der professionellen Sortierung wurden 17 Altpapiersorten unterschieden. Diese Sortierung war sehr personalaufwendig und teuer.<sup>71</sup> Die Papiere waren zunehmend verschmutzt und wiesen höhere Klebeanteile auf. Eine weitere Erschwernis stellte das technisch ungelöste Problem dar, die Druckerschwärze wirtschaftlich entfernen zu können. Die angestrebte Umarbeitung des bedruckten Altpapiers für die Weißpapierfabrikation konnte nicht erfolgen. Das Altpapier konnte daher nur zu „minderwertigem Packpapier und Pappen“<sup>72</sup> verarbeitet werden. Dennoch sah die nationalsozialistische Abfallwirtschaft eine verstärkte Sammlung und Verwertung von Altpapier vor. Propagandistisch verkündete man, dass Altpapier für die Papierherstellung eine „steigende Bedeutung“<sup>73</sup> gewinne. Da ein wesentlicher Teil des gewonnenen Zellstoffs und Papiers der Papierholzversorgung aus kanadischen und osteuropäischen Waldgebieten stammte, wurde die Aufgabe der deutschen Papierwirtschaft darin gesehen, die Produktion auf regelmäßig fließende Rohstoffquellen zu verlagern statt auf den Abbau von Waldvorräten. Die „nachhaltige Nutzung des Waldes und anderer im regulären Umtrieb wiederbeschaffbarer Bodenprodukte“<sup>74</sup> stand demnach im Fokus des Interesses. Dies sollte durch eine stärkere Umstellung auf deutsche Fichte, die als Papierholz nutzbar gemacht werden sollte, forciert werden. Gleichzeitig zog man die Buche, deren Eignung als Rohstoff für die Kunstfaserzellstoffe erwiesen war, in

höherem Maße zur Verarbeitung heran. neben Fichte und Buche galt das Altpapier als *neuer Rohstoff*. Es sollte verstärkt in der Kunststoffindustrie eingesetzt werden, da es 1937 erstmals gelungen war, altes Zeitungspapier zu feinem Pulver zu schleifen.<sup>75</sup> Dieses Pulver wurde sowohl als Füllmittel für Zündstoffe, Linoleum, Gummi, Bindemittel und für Kunstharze als auch zum Polieren verwendet.

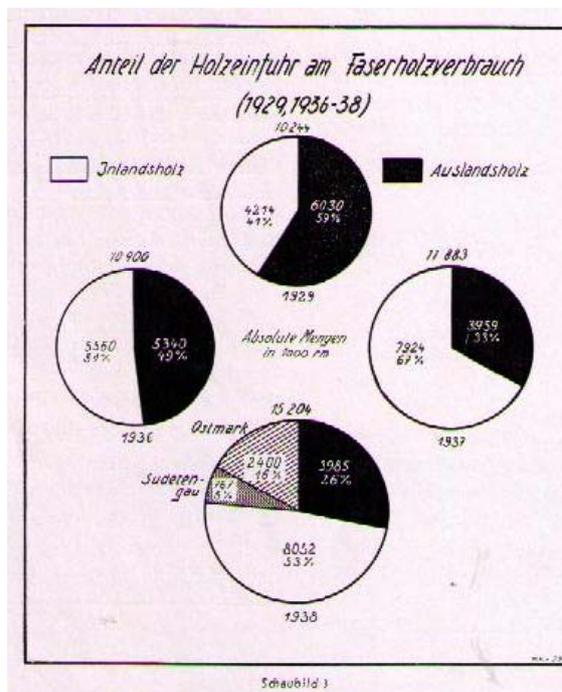


Figure 3. Die Zellstoff- und Papierwirtschaft im großdeutschen Raum<sup>76</sup>

Die Umstellung auf heimische Rohstoffe wirkte sich statistisch bereits 1939 aus (Figure 3. Die Zellstoff- und Papierwirtschaft im großdeutschen Raum), wobei diese Entwicklung wohl weniger dem Umstand geschuldet war, dass die „ostmärkische und sudetendeutsche Erzeugung auf eigener Holzbasis“<sup>77</sup> stand, sondern vielmehr die dazugewonnenen Waldbestände der *angegliederten* Gebiete die Auslandsabhängigkeit verminderten. Da durch die vorangegangene Umstrukturierungsmaßnahmen des Rohproduktengewerbes die Erfassung nicht in dem gewünschten Maß erreicht werden konnte, wurden zusätzlich ehrenamtliche Sammlungen von Altmaterial und auch Altpapier durchgeführt, die in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Gruppierungen

<sup>70</sup> Rudolf Petzold, Die Altstoffe und die Rohstoffversorgung Deutschlands, Leipzig 1941, 76 f.

<sup>71</sup> Günter Bayerl/Karl Pichol, Papier, Produkt aus Lumpen, Holz und Wasser, Reineck bei Hamburg 1986, 211.

<sup>72</sup> Fritz Schmidt, Altpapier als Rohstoff, Berlin 1938, 14.

<sup>73</sup> Ungewitter, Berlin (wie Anm. 37), 178.

<sup>74</sup> NN Dorn, Papier und Zellstoff, in: Der Vierjahresplan 4, 217-219, hier 217.

<sup>75</sup> Ungewitter, Berlin (wie Anm. 37), 179.

<sup>76</sup> Dorn, Berlin (wie Anm. 76), 818.

<sup>77</sup> Friedrich Dorn, Die Zellstoff- und Papierwirtschaft im großdeutschen Raum, in: Der Vierjahresplan 13, 817-820, hier 818.



der NSDAP erfolgten. Insbesondere die SA sowie das NSKK wurden temporär zu Sammlungen herangezogen.<sup>78</sup> Hierdurch konnte die Erfassung von Altpapier von jährlich rund 650.000 t zu Beginn des VJP auf rund 1.000.000 t gesteigert werden.<sup>79</sup>

Eine Statistik, welche die Rückgewinnung verschiedener Altstoffe aus dem Müll von Ende 1937 bis Mitte 1938 darstellt, zeigt jedoch deutlich, dass die Papiersammlungen erheblichen saisonalen Schwankungen unterworfen waren: Während im 4. Vierteljahr 1937 3.475 t Papier gesammelt wurden, lag die Menge im 1. Vierteljahr 1938 bei 1.826 t und stieg im 2. Vierteljahr 1938 wieder auf 3.365 t Papier.<sup>80</sup> Der durch die verstärkte Sammlung erzielte Mehranfall von Altpapier bestand überwiegend aus den von Haushalten, Büros und gewerblichen Anfallstellen stammenden sogenannten gemischten Abfällen.<sup>81</sup> Diese Altpapiersorte bedurfte einer besonderen Reinigung und konnte nur in bestimmten Apparaturen verwendet werden. Zahlreiche Papierfabriken mussten sich demnach auf die Verarbeitung speziell dieser Papiersorte umstellen, um den Mehranfall verbrauchen zu können. Gleichzeitig erlangte die Sortierung des Altpapiers im Handel eine noch stärkere Bedeutung dadurch, dass nun 30 Altpapiersorten unterschieden wurden. Das wichtigste Einsatzgebiet für das Altpapier lag nach wie vor bei der Herstellung von Packmaterial.<sup>82</sup>

### Rohstoffsammlungen

Die HJ, die DAF und das EHW waren mit der kontinuierlichen Sammlung von Abfällen beauftragt.<sup>83</sup> Die HJ sammelte Materialien wie alte Tuben, Knochen und Flaschenkorken, die für einen Rohprodukthändler ökonomisch uninteressant waren. Die Vorsortierung der Tuben sollte bereits in den Haushalten erfolgen.<sup>84</sup> Mithilfe eines metallbestimmenden Zeichens (Kreis: Blei oder verzinnertes Blei, Dreieck: Aluminium, Pluszeichen: Zinn) und einem entsprechenden Hinweis auf der Tube („Tuben sammeln“) sollte die Sammlung erleichtert werden. Bereits 1936

fügten einige Zahnpastatubenhersteller ihren Verpackungen ein Hinweis bei, der die Verbraucher dazu aufforderte, die leeren Zinntuben nicht wegzuworfen, sondern dem Altmaterialhändler zu übergeben.<sup>85</sup> Alternativ konnten die Tuben auch ab 1937 in sogenannte *Tubenschlucker*, die beispielsweise an Kiosken aufgestellt waren, geworfen werden.<sup>86</sup>

Die Sammlung von Altmaterialien in der gewerblichen Wirtschaft, entsprechend der Anordnung „Die Erfassung der in den gewerblichen Betrieben anfallenden Alt- und Abfallstoffe“<sup>87</sup> des badischen Ministerpräsidenten und Leiters der VJP-Geschäftsgruppe *Rohstoffverteilung*, Walter Köhler, fiel in den Aufgabenbereich der DAF.

Da die Aufrüstung und die vielfältigen Investitionspläne des VJP einen immensen Eisenbedarf erforderten, war Schrott „ein äußerst wichtiger Rohstoff für die gesamte deutsche Eisen- und Stahlerzeugung“<sup>88</sup>. Folglich plante der Reichskommissar für Altmaterialverwertung Ziegler, alle Möglichkeiten der zusätzlichen Schrotterfassung zu eruieren. Neben den Sondersammlungen wurden stillgelegte Industriebetriebe und ihre nicht mehr betriebsfähigen Anlagen verwertet. Im Frühjahr 1937 startete die Aktion zur *Entrümpfung von Landschaft und Dorf*, die insbesondere Ausgusschmelzeisen erfasste. Da davon auszugehen war, dass diese Sammlung die Schrottreserven noch nicht „restlos erfaßt“<sup>89</sup> hatte, startete im Sommer 1938 eine zweite Eisensammelaktion, bei der die SA alle Schrottreserven in Haus, Hof und Gelände sammeln sollte. Ursprünglich war eine „Sammlung sog. herrenlosen Gutes in Landschaft und Dorf“<sup>90</sup> angestrebt, bei einem zeitgleichen Versuch in Hamburg stellte man jedoch fest, dass auch in Großstädten noch sehr viele Alteisenbestände vorhanden waren, sodass die Schrottaktion auch auf die Städte ausgedehnt wurde. Zusätzlich wurden mithilfe entsprechender Erlasse sämtliche Gemeindeverwaltungen und Behörden des Reiches und der Länder im Frühjahr 1938 angewiesen, alle entbehrlichen Eisengitter auf behördeneigenen Grundstücken zu entfernen. Die privaten Haus- und Grundbesitzer

<sup>78</sup> Huchting, Berlin (wie Anm. 13), 265.

<sup>79</sup> Wilhelm Ziegler, Aufgaben und Erfolge der Altmaterialwirtschaft, in: Der Vierjahresplan 11, 671-675, hier 673.

<sup>80</sup> Ziegler, Berlin (wie Anm. 78), 675.

<sup>81</sup> Dorn, Berlin (wie Anm. 76), 818.

<sup>82</sup> Ebenda, 819.

<sup>83</sup> Huchting, Berlin (wie Anm. 13), 265.

<sup>84</sup> Gerhard/Höfner, Frankfurt/Main (wie Anm. 14), 341.

<sup>85</sup> Sammlung Erhard UBA, Ordner ZX Zeitungsausschnitte: Potsdamer Tageszeitung vom 9.7.1936.

<sup>86</sup> Westphal, Berlin (wie Anm. 56), 144.

<sup>87</sup> Behrerns, Berlin (wie Anm. 41), C 4.

<sup>88</sup> Ziegler, Berlin (wie Anm. 78), 673.

<sup>89</sup> Ebenda.

<sup>90</sup> Ebenda.



wurden ein paar Monate später dazu aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen. Unter der Führung der NSDAP-Ortsgruppenleitungen, ergänzt durch die Mitarbeit der Baupolizei, der Gemeindeverwaltungen, der technischen Nothilfe und der SA wurden örtliche Einsatzstäbe gebildet, die ehrenamtliche Arbeitsgruppen zur Verfügung stellten, falls einzelnen Besitzern die Entfernung der Eisenzäune zu teuer war. Wie das Hamburger Tageblatt am 2. Juni 1939 berichtete, ergab die Entgitterung der Vorgärten 1.300 t Eisen von staatlichen Gebäuden und Parkeinriedungen sowie 600 t von Privatgrundstücken.<sup>91</sup> Insgesamt wurden 1938 in Hamburg Altmaterialien im Wert von rund 3 Millionen RM gesammelt. Die zurückgewonnene Schrottmenge betrug mit 137.776 t rund ein Achtel des gesamten deutschen Schrottanfalls im Jahre 1937.

### Die Entzinnung von Konservendosen

Zinn ist ein zentraler Rohstoff der Weißblechindustrie, wo es als Legierungsgrundlage für Lebensmittelkonserven und Tuben seine Anwendung fand.<sup>92</sup> In den 1920er Jahren stieg der Zinnbedarf der Industrieländer enorm an, vor allem durch die Nachfrage der Konserven-, Auto- und Elektroindustrie.<sup>93</sup> In Deutschland setzte sich die Konservendose erst Ende der zwanziger Jahre durch. Der hohe Zinnpreis und die Abhängigkeit der Zinn verbrauchenden von den Zinn fördernden Staaten waren die ausschlaggebenden Faktoren, die die Entstehung eines Sekundärzinnmarktes bereits Jahre vor der Machtergreifung bewirkten. Mit der Verkündung des *Neuen Plans* am 24. September 1934 wurde jedoch die Abkehr der deutschen Wirtschaft vom weltweiten Freihandel eingeleitet. Die amtlichen Devisenbestimmungen wirkten sich nachteilig auf den Geschäftsbereich der Entzinnung aus, da die Beschaffung der Rohstoffe für die Weißblechindustrie mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden war.<sup>94</sup> Gleichzeitig wuchs die

Nachfrage nach Rohzinn der Weißblechindustrie an die Entzinnungsbetriebe. Die so entstehende Knappheit an zinnhaltigen Rohstoffen führte zu erheblichen Preissteigerungen beim Einkauf von Industrieabfällen und Altkonserven. Weil der Verkaufspreis für Rohzinn und Eisenschrott seit 1939 im Rahmen des VJP staatlich festgelegt wurde, konnten die Entzinnungsbetriebe ihre Mehrkosten nicht durch höhere Produktverkaufspreise ausgleichen. Da Weißblechabfall aus Behördensicht jedoch kein Rohstoff war, blieb sein Verkaufspreis frei verhandelbar.

Um den Schwierigkeiten in der Weißblechversorgung entgegenzutreten und eine weitere Rohstoffverknappung zu vermeiden, erließ die Überwachungsstelle für Eisen und Stahl im April 1937 eine Anordnung, welche eine Verwendungsbeschränkung für Weißblech und Weißband festsetzte.<sup>95</sup> Das Verwendungsverbot für den Inlandsbedarf erstreckte sich sehr weitläufig auf Packungen für Nahrungs- und Genussmittel, für chemisch-technische und kosmetische Erzeugnisse. Das zunächst noch vorhandene Desinteresse des NS-Regimes am Entzinnungsgewerbe wurde im Frühjahr 1939 endgültig revidiert: Am Vorabend des Krieges zeigten die nationalsozialistischen Wirtschaftsbehörden plötzlich ein gesteigertes Interesse daran, die industrielle Zinnrückgewinnung zu fördern.<sup>96</sup> Die Pläne des Reichskommissars für Altmaterialverwertung Ziegler sahen zunächst vor, im ganzen Reich flächendeckend kleine Entzinnungsbetriebe zu installieren, um die Unabhängigkeit der deutschen Zinnversorgung von ausländischen Exportmärkten zu erreichen. Da die devisenrechtlichen Einschränkungen und die Festlegung des Rohzinneinkaufspreises die Produktion der nationalen Weißblechindustrie stark reduziert hatte, war eine Ausweitung der bereits bestehenden Entzinnungsindustrie jedoch nicht realisierbar, weil die Menge an produzierten Abfällen nicht ausreichte. Nach diversen Geschäftsaufgaben von Konkurrenten betrieben ab Sommer 1939 lediglich noch zwei deutsche Unternehmen – Mensching & Co. sowie Th. Goldschmidt AG – selbstständig eine Entzinnungsanlage.<sup>97</sup> Nachdem die Th. Goldschmidt AG im Juli 1939 Mensching & Co. erworben hatte, war die Monopolisierung des Entzinnungsmarkts erfolgreich abgeschlossen.

<sup>91</sup> NN, Altstoffsammlungen in Hamburg, in: Die Städtereinigung 2, 18.

<sup>92</sup> Bastian Blachut, „Arisierung“ als Geschäftsprinzip? Die Monopolisierung des deutschen Entzinnungsmarktes zwischen 1933 und 1939 durch die Th. Goldschmidt AG in Essen, Essen 2012, 50.

<sup>93</sup> Susanne Köstering, Hundert Jahre Entzinnung von Konservendosen. Ein Wettlauf zwischen Altstoffrückgewinnung und Rohstoffeinsparung, in: Susanne Köstering/ Renate Rüb (Hg.), Müll von gestern?, Eine umweltgeschichtliche Erkundung in Berlin und Brandenburg, Münster 2003, 151-161, hier 159.

<sup>94</sup> Blachut, „Arisierung“ (wie Anm. 92), 113 f.

<sup>95</sup> Hans-Georg Protscher, Das Weißblech als Werkstoff für Konservendosen, Braunschweig 1940, 70 f.

<sup>96</sup> Blachut, Essen (wie Anm. 92), 128 f.

<sup>97</sup> Ebenda, 130.



Da die „Millionenwerte aus gebrauchten Konservendosen“<sup>98</sup> gesichert werden sollten, rückte nun auch ihre Sammlung verstärkt in den Fokus der Altsstoffwirtschaft. Der Reichskommissar für Altmaterialverwertung kündigte bereits 1938 die Errichtung von Ortssammelstellen an, da „die Erfassung [...] noch zu wünschen übrig“<sup>99</sup> ließ. Auch 1939 bemängelte man, dass der „restlosen Erfassung gebrauchter Konservendosen [...] von einzelnen Volksgenossen noch immer nicht die Beachtung geschenkt [wurde], welche notwendig ist“<sup>100</sup>. Ein interner Bericht der Th. Goldschmidt AG zeigt deutlich, dass die Dosenabfallmenge, trotz eines kurzfristigen Anstiegs von Januar bis August 1938, rapide sank.<sup>101</sup> Die Menge der Dosenabfälle belief sich 1938 auf 35.013 t und stieg 1938 kurzfristig auf 36.700 t; 1939 reduzierte sie sich dann deutlich auf 28.259 t.

### Abfallwirtschaft und Ressourcenmanagement in der Kriegswirtschaft

Bereits vor Kriegsbeginn im September 1939 zeichnete sich eine Krise in der gesamten Abfallwirtschaft ab.<sup>102</sup> Das mit großem personellem Aufwand gesammelte Altpapier wurde unbrauchbar infolge nicht adäquater Lagerung auf den Höfen und die gesammelten Knochenhalden drohten Seuchen zu verbreiten. Allein die rüstungswirtschaftlich wichtigen Altstoffe wie Eisen- und Buntmetallschrott sowie Lumpen konnten noch abgesetzt werden. Darüber hinaus erschwerte der ständig wachsende Arbeitskräftemangel eine funktionierende Abfallwirtschaft. Daher wurde eine grundsätzliche Neuordnung erwogen, die Planungen wurden allerdings durch die Kriegswirtschaft im Keim erstickt.

### Die friedensähnliche Kriegswirtschaft 1939 bis 1941

Die „friedensähnliche Kriegswirtschaft“<sup>103</sup>, auch als „Blitzkrieg-Phase“<sup>104</sup> bezeichnet, dauerte vom Kriegsbeginn im September 1939 bis zur Wiedereroberung

von Rostow am Don durch die russischen Truppen im Dezember 1941. Während dieser Zeit blieb sowohl die Gesamtproduktion von Kriegsmaterial als auch von Verbrauchsgütern ungefähr gleich. Folglich war die Belastung des deutschen Volkes durch den Krieg in diesen ersten Jahren relativ gering. Obwohl die Lebensmittelkarten bereits im Sommer 1939 ausgegeben wurden und sofort nach Kriegsbeginn die Rationierung auf eine ganze Reihe von Produkten erweitert wurde, lagen die zugeteilten Mengen noch nicht wesentlich unter dem Vorkriegsdurchschnitt.<sup>105</sup> Diese im Vergleich zum Ersten Weltkrieg relativ günstige Rationierung konnte bis ungefähr 1944 beibehalten werden.<sup>106</sup> Die Ursache dafür lag in der brutalen Ausplünderung der überfallenen Bevölkerung der Nachbarländer, deren Nahrungsmittel der innerdeutschen Bevölkerung zugeführt wurden. Die organisierte Ausplünderung der Nahrungsmittelvorräte ging Hand in Hand mit der Beschlagnahmung bestehender Rohstofflager, die teilweise umgehend in das Reich transportiert wurden.<sup>107</sup> Viele der besetzten Gebiete hatten Rohstoffvorräte, die für eine Weiterführung des Blitzkrieges ergiebig waren.<sup>108</sup> Einige Länder waren auch Erzeuger von Rohstoffen, beispielsweise NE-Metalle, die dem Reich fehlten. Der Molybdänbedarf Deutschlands wurde überwiegend aus der Knaben-Mine in Norwegen gedeckt. Frankreich besaß große Reserven an Eisenerz und Belgien Vorräte an NE-Metallen. Die Siege erlaubten es dem NS-Regime, auch auf neutrale Staaten großen Druck auszuüben. Nickel und Chrom lieferten die wirtschaftlich abhängigen Balkangebiete, während Wolfram aus Spanien und Portugal kam. Bis 1941 erbeuteten die Nationalsozialisten enorme Mengen an Rohstoffen: 365.000 Buntmetalle, 272.000 t Roheisen, 1,8 Millionen t Eisenschrott, 164.000 t chemische Produkte, 363.000 t Benzin und 220.000 t Flugbenzin.<sup>109</sup>

Im Jahr 1940 sollte die Ablösung Zieglers durch Hans Heck eine organisatorische Vereinfachung der Abfallwirtschaft erbringen, weitere Maßnahmen

<sup>98</sup> Curt Pfeiffer, Millionenwerte aus gebrauchten Konservendosen, in: Die Städtereinigung 4, 90-92, hier 90.

<sup>99</sup> Ziegler, Berlin (wie Anm. 78), 675.

<sup>100</sup> Pfeiffer, Millionenwerte (wie Anm. 98), 90.

<sup>101</sup> Blachut, Essen (wie Anm. 92), 173.

<sup>102</sup> Huchting, Berlin (wie Anm. 13), 263.

<sup>103</sup> Rolf Wagenführ, Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945, München 2007, 25.

<sup>104</sup> Alan S. Milward, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945, Stuttgart 1966, 31.

<sup>105</sup> Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, Ideologie, Theorie, Politik 1933–1945, Frankfurt/Main 1988, 218 f.

<sup>106</sup> Hans Mottek u.a. (Hg.), Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Ein Grundriß, Berlin 1974, 331.

<sup>107</sup> Barkai, Frankfurt/Main (wie Anm. 105), 219.

<sup>108</sup> Milward, Stuttgart (wie Anm. 104), 33.

<sup>109</sup> Wolfgang Bleyer u. a. (Hg.), Deutschland von 1939 bis 1945, Berlin 1969, 97.



wurden aber noch nicht ergriffen.<sup>110</sup> Dennoch befürchtete der neue Reichskommissar für Altmaterialverwertung und Vorsitzende der Fachgruppe *Alt- und Abfallstoffe* Heck die Gefahr eines Bedeutungsverlustes der Altstoffwirtschaft, gerade weil die Rohstoffbasis des Reiches in der *Blitzkrieg*-Phase verbessert wurde.

### Expansion zu Rohstoffquellen am Beispiel Norwegens

Nach Polen waren die beiden skandinavischen Staaten Dänemark und Norwegen die ersten militärischen Opfer der aggressiven nationalsozialistischen Expansionspolitik.<sup>111</sup> Die unter strenger Geheimhaltung vorbereitete Okkupation der beiden Länder zielte von Anfang an darauf ab, Deutschland die Vorherrschaft über Skandinavien und den Ostseeraum, die Ausbeutung wirtschaftlicher Rohstoffe und eine wichtige Operationsbasis für den Kampf um die Vorherrschaft in Europa und der Welt zu sichern.<sup>112</sup> Vor allem Norwegen sollte wegen seiner strategischen Bedeutung besetzt werden, die ihm im Hinblick auf die ökonomischen Ressourcen Nordeuropas zukam. Zunächst ging es hauptsächlich um die Erzbasis in Schweden, doch kurze Zeit später auch um die Nickelerzvorkommen im Petsamogebiet und die Bodenschätze der Halbinsel Kola. Auch die Bergbau- und Hüttenbetriebe galten als besonders wichtig für die deutsche Rüstungsindustrie. Bereits am 14. Dezember 1939 erhielt das OKW den Befehl, unter der Tarnbezeichnung *Weserübung* den Überfall auf Norwegen vorzubereiten.<sup>113</sup> Am 9. April 1940 starteten schließlich die Angriffe auf Norwegen und Dänemark. Nach einem zweimonatigen Feldzug kapitulierten am 10. Juni die letzten norwegischen Streitkräfte. König Haakon VII. und die Regierung des Landes fanden sich allerdings nicht zur Kollaboration bereit, sondern waren mit der erklärten Absicht, den Krieg gegen die Okkupationsmacht fortzuführen, nach Großbritannien ins Exil geflüchtet. Josef Terboven, Essener Gauleiter der NSDAP, Oberpräsident der Rheinprovinz und zum *Reichs-*

*kommissar für die besetzten norwegischen Gebiete* bestellt, trat mit dem Präsidium des Stortings, dessen Mitglieder im Land geblieben waren, in Verhandlung über die Bildung einer kollaborationswilligen neuen und formalen Regierung.<sup>114</sup> Das von Terboven vertretene Konzept für die Gestaltung der Okkupationsherrschaft in Norwegen erfuhr wesentliche Veränderungen, als Göring den Rüstungsschwerpunkt auf die Luftwaffe legte und dementsprechend die norwegische Aluminiumindustrie unter deutschen Einfluss bringen wollte. Im Gegensatz zu seinen ursprünglichen Plänen sollte Terboven nun weiterhin in Norwegen bleiben und ein faschistisches Kollaborationsregime errichten. Kraft seiner durch einen *Führer-Erlass* verliehenen Vollmacht erklärte er am 25. September 1940 Norwegens Staatsoberhaupt und die Regierung für abgesetzt. Gleichzeitig berief er 13 *kommissarische Staatsräte* als Minister, welche die Ressorts der zentralen Staatsverwaltung nach dem *Führerprinzip* zu leiten hatten. Neben langfristigen Plänen einer wirtschaftlichen Neuordnung Norwegens strebte das NS-Regime im Sommer 1940 angesichts der aktuellen Lage auch nach einer sofortigen Nutzbarmachung der norwegischen Rohstoffbasis.<sup>115</sup> Der gezielten Ausbau der Behörde des Reichskommissars und ihre Zusammenarbeit mit dem Wehrwirtschaftsstab (WeWiStab) beim Wehrmachtsbefehlshaber Norwegen (WBN) führten dazu, dass in nur elf Monaten von Juni 1940 bis April 1941 die norwegische Rohstoffbasis massiv ausgeplündert wurde.<sup>116</sup> Nachdem die norwegische Produktion aufgrund der Kriegshandlungen im Frühjahr 1940 drastisch gesunken war, gelang es in der zweiten Jahreshälfte, wieder ein normales Niveau zu erreichen. In diesem Zusammenhang kam dem *Ausschuß für Industrie und Handel (Nemda for industrie og omnsetning)* große Bedeutung zu. Dieser Ausschuss sollte die Lenkung der norwegischen Kriegswirtschaft koordinieren. Für die Lieferungen wurden allerdings die Vorratslager rücksichtslos angegriffen, da man zu diesem Zeitpunkt auch auf norwegischer Seite noch glaubte, dass der Krieg bald beendet sein würde. Diese Ansicht wurde durch die nationalsozialistische Propaganda gestützt, die versprach, wirtschaftliche Schwierigkeiten würden nach dem baldigen Kriegsende rasch behoben werden. Daher war die

<sup>110</sup> Huchting, Berlin (wie Anm. 13), 263.

<sup>111</sup> Robert Bohn, Reichskommissariat Norwegen, „Nationalsozialistische Neuordnung“ und Kriegswirtschaft, München 2000, 14.

<sup>112</sup> Fritz Petrick, Einleitung, in: Bundesarchiv (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1940–1945), Berlin–Heidelberg 1992, 18–61, hier 19.

<sup>113</sup> Bleyer, Berlin (wie Anm. 109), 61.

<sup>114</sup> Ebenda, 63.

<sup>115</sup> Bohn, München (wie Anm. 111), 423.

<sup>116</sup> Ebenda, 425.



norwegische Wirtschaft auch bereit, zur Belebung des Geschäfts auf umfangreiche Vorratslager zurückzugreifen, obwohl es bereits vereinzelte Rationierungsbestimmungen gab. Die Verwertung der Rohstoffe für die deutsche Kriegswirtschaft erfolgte durch deutsche Firmen, die für jedes einzelne Gebiet vom RWM konzessioniert worden war, wobei das Reichskommissariat die Verhandlungen führte. Nachdem die vorgefundenen Vorräte abtransportiert waren, stellte sich eine weitere Rohstoffförderung als schwierig dar.<sup>117</sup> Zum einen forderte die Wehrmacht immer mehr Geld und Arbeitskräfte für ihre Bauprojekte, zum anderen verschärften sich die Transportprobleme und schließlich verlief der Krieg nicht so, wie es von deutscher Seite geplant war.

### Die Ausweitung der Sammlung von Alt- und Abfallstoffen

Nach längerer Kriegsdauer erlangte die Wiederverwertung von Abfallstoffen eine immer größere kriegswirtschaftliche Bedeutung.<sup>118</sup> Mit zunehmender Rohstoffknappheit stand die Sammlung von Alt- und Abfallstoffen wieder im Blickpunkt des Interesses und wurde immer stärker ausgeweitet. Im Jahr 1940 organisierte Heck die Altstoffsammlung um: Das Sammeln in den einzelnen Haushalten ging vom Altstoffhandel auf Schülerinnen und Schüler über, so dass dem zunehmenden Arbeitskräftemangel durch Einberufungen entgegengetreten werden konnte. Bei neu eingerichteten Haus- und Schulvorsammelstellen mussten Kinder und Jugendliche Korken, Stanniolkapseln, Textilien, Papier, Folien, Tuben, Knochen und Alteisen abliefern. Die Hausfrauen erhielten im Zuge dieser Neustrukturierung keine finanzielle Gegenleistung mehr für ihre Materialien, allein der *gute Wille* sollte den materiellen Anreiz ersetzen. Da der Arbeitskräftebedarf der Rüstungsindustrie stetig zunahm, mangelte es der Altmaterialwirtschaft verstärkt an qualifizierten Fachkräften. Nachdem die zeitintensive Altmaterialsammlung von Schülern übernommen wurde, hatten die Pflichthändler nur noch die Aufgabe, die gesammelten Materialien, welche getrennt gelagert wurden, in regelmäßigen Intervallen abzuholen. Zur Motivationssteigerung der Schüler wurden aufwendige Propagandamaßnahmen ergriffen, die in

preisdotierten Wettbewerben gipfelten.<sup>119</sup> Dieses System erwies sich als äußerst erfolgreich und war der einzige gangbare Weg, der in Deutschland eine Wiederverwertung von Altstoffen im Krieg ermöglichte.

### Die Metallspende des Deutschen Volkes

Die Ausweitung der Sammlung von Altstoffen zielte mit dem fortschreitenden Krieg hauptsächlich auf jene Metalle, die für die Rüstungsindustrie dringend benötigt wurden. Göring kündigte in einem Dekret an die Reichsminister vom 23. Februar 1940 die *Metallspende des Deutschen Volkes* an.<sup>120</sup> Metallsammlungen bzw. Finanzierungsmodelle in Form von Sammlungen in Kriegszeiten waren jedoch keine nationalsozialistische Erfindung, sondern bereits 1813 in Preußen praktiziert worden.<sup>121</sup> Im Ersten Weltkrieg wurde diese Spendenaktion wieder aufgegriffen und um Goldmünzen erweitert. Der nationalsozialistische Aufruf zur Metallspende an das deutsche Volk wurde am 16. März 1940 im *Völkischen Beobachter* veröffentlicht<sup>122</sup> und stand unter der Parole *In Kriegszeiten sind Kupfer und Zinn in der Hand des Arbeiters besser als in Wohnungen und auf Kirchendächern*. Die *Metallspende für den Führer* sollte zu dessen Geburtstag am 20. April erfolgen. Die mittels professioneller Plakate, Karikaturen und literarischer Artikel unterstützte Aktion rief zur Spende von Kupfer, Blei, Messing, Bronze, Nickel, Zinn und Neusilber auf. Ungefähr 62.000 Standorte im Deutschen Reich wurden für diese Sammlung eingerichtet. Die Bereitschaft, dem Führer ein Opfer zu bringen, war außerordentlich groß, so dass sich an den zentralen Sammelstellen wertvoller Familienbesitz wie Kronleuchter, Bestecke, Jugendstilgegenstände oder Skulpturen häuften. Wer etwas abgegeben hatte, erhielt eine von Generalfeldmarschall Göring unterzeichnete Urkunde (Figure 4. Urkunde Metallspende), auf der der Name des Spenders eingetragen wurde, um im Namen des Führers für die Opferbereitschaft zu danken. Der Appell zur Metall-

<sup>119</sup>Ebenda, 267.

<sup>120</sup> [http://www.ffmhist.de/ffm33-45/portal01/portal01.php?ziel=t\\_hm\\_bismarckdenkmal](http://www.ffmhist.de/ffm33-45/portal01/portal01.php?ziel=t_hm_bismarckdenkmal) (Eingesehen am 03.12.2012, 9.08 Uhr).

<sup>121</sup> Ernst Müsebeck, *Gold gab ich für Eisen, Schmach und Erhebung in zeitgenössischen Dokumenten, Briefen, Tagebüchern aus den Jahren 1806–1815*, Berlin 1913, 219.

<sup>122</sup> Marion Neiss, *Metallspende des Deutschen Volkes*, in: Wolfgang Benz u. a. (Hg.), *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*, München 2007, 640-641, hier 641.

<sup>117</sup> Ebenda, 427.

<sup>118</sup> Huchting, Berlin (wie Anm. 13), 264.



spende richtete sich nicht nur an Privatpersonen, sondern auch an Kommunen, Firmen, Kirchengemeinden und Vereine. Um über die Spende von Denkmälern, Sockeln und Sockelverzierungen zu entscheiden, wurden weisungsgemäß örtliche Sachverständige ernannt. Im August 1942 wurden nicht nur in Frankfurt, sondern auch in anderen zahlreichen deutschen Städten und Gemeinden vereinzelt Denkmäler sowie Sockelverzierungen und auch ganze Sockel der Metallspende zugeführt.<sup>123</sup> Welche Wichtigkeit der Metallspende zukam, wird daran deutlich, dass bereits am 29. März 1940, also zwei Tage nach Görings Aufruf, eine *Verordnung zum Schutz der Metallsammlung des deutschen Volkes* erlassen wurde. Der Verordnung entsprechend wurden diejenigen, welche sich an dem gesammelten Metall bereicherten oder es seiner Verwendung entzogen, mit dem Tode bestraft.<sup>124</sup> Die *Deutsche Wochenschau* berichtete schließlich in einer zehnmütigen Dokumentation über die Aktion, der zufolge insgesamt 74.000 t Metall gesammelt wurde. Davon fanden bis 1. Oktober 1940 bereits 41.000 t in der Kriegswirtschaft Einsatz. Der Gesamtwert des privat gespendeten Metalls belief sich auf 35.630.000 RM.<sup>125</sup>



Figure 4. Urkunde Metallspende<sup>126</sup>

<sup>123</sup> [http://www.ffmhist.de/ffm33-45/portal01/portal01.php?ziel=t\\_hm\\_bismarckdenkmal](http://www.ffmhist.de/ffm33-45/portal01/portal01.php?ziel=t_hm_bismarckdenkmal) (wie Anm. 113).

<sup>124</sup> Gerhard Werle, *Justiz-Strafrecht und polizeiliche Verbrechensbekämpfung im Dritten Reich*, Berlin 1989, 304.

<sup>125</sup> Neiss, München (wie Anm. 122), 641.

<sup>126</sup> Die Urkunde liegt im Original vor (Privatbesitz der Autorin).

### Papier und Pappe statt Zinn: Substitution kriegswichtiger Rohstoffe

Die Versorgung mit Rohzinn der deutschen Industrie war seit Kriegsbeginn außerordentlich erschwert.<sup>127</sup> Infolgedessen war die Produktion kriegswichtiger Güter, insbesondere metallischer Gleitlager, stark gefährdet. Daher untersagten die Behörden des RWM jegliche zivile Nutzung des Mangelrohstoffs Zinn. Das weitreichende Verwendungsverbot für Weißblech führte zu einer nahezu völligen Einstellung der Weißblechfabrikation, deren Produkte zu großen Teilen zivilen Anwendungen, vor allem der Herstellung von Konservendosen, dienten. Die Blechpackungsindustrie forderte im Rahmen der Kriegswirtschaft Papier und Pappe als Austauschmaterial anstelle von Blech bei der Fabrikation von Verpackungsmitteln einzusetzen, um eine Umstellung devisa-belasteter Rohstoffe auf Inlandsrohstoffe zu erreichen. Für die praktische Umsetzung einer rationelleren Verpackungsgestaltung war im Rahmen des VJP bereits ab April 1940 die Arbeitsgemeinschaft *Werkstoffeinsatz im Verpackungswesen* (AgW) zuständig. Das RWM wiederum beauftragte die Reichsstelle für Papier und Verpackungswesen, alle Fragen zu Sparmaßnahmen für Verpackungen und die Umlagerung der Verbrauchsgruppen auf andere Verpackungsmittel zusammenfassend zu bearbeiten, so dass die AgW als Forschungs- und Prüfstelle für die Reichsstelle für Papier und Verpackungswesen fungierte. Die Aufgabe der AgW bestand insbesondere darin, Zinn und Eisen zu sparen bzw. auszutauschen. Die Bemühungen wurden zuerst für den Ernährungssektor verwirklicht, indem die Umstellungsarbeiten von Weißblech auf sparverzinntes Material und auf Schwarzblech so weit vorangetrieben wurden, dass eine Großfabrikation von Schwarzblechkonserven ermöglicht wurde.<sup>128</sup> Da Aluminium als möglicher Austauschstoff für Weißblech entsprechend den Kontingentierungsmaßnahmen nicht eingesetzt werden konnte, mussten andere Austauschstoffe verwendet werden. Dementsprechend wurde auch der Einsatz von Glas für Gemüse- und Obstkonserven durch die Entwicklung eines besonderen Industriekonservenglases massiv gefördert. Blechverschlüsse für Gelee-, Senf- und andere Gläser ersetzte man durch Papier- und Pappverschlüsse,

<sup>127</sup> Blachut, Essen (wie Anm. 92), 133.

<sup>128</sup> Johannes Hoffmann, *Die Forschung im Verpackungswesen*, in: *Der Vierjahresplan* 7, 417-418, hier 417.

wobei betont wurde, dass „Verschlüsse aus Pappe denen aus Blech, was die Dichtigkeit anbetrifft, keineswegs nachstehen“,<sup>129</sup> was jedoch eher eine propagandistische Versprechung war. Die Verwendung von Papier und Pappe als Austauschstoff für Verpackungen wurde vor allem in der Verpackungsmittelindustrie, der chemischen Industrie und der Verbraucherwirtschaft vorangetrieben.<sup>130</sup> Die Anzahl der Austauschverpackungen auf diesen Gebieten waren äußerst umfangreich. In vielen Fällen traten eine Pappdose oder ein kombinierter Behälter (Pappmantel, Boden und Kopf aus Blech) an die Stelle der Blechbüchse.<sup>131</sup> Es wurden sogar Schmiermittel und schmierende Stoffe wie zum Beispiel Lederfett oder Bohnerwachs in Pappdosen auf den Markt gebracht. Die Wehrmacht führte die Autoölflasche aus Pappe ein, deren Eignung von Wehrmachtdienststellen bestätigt wurde. Ebenso wurden Pappverpackungen für pharmazeutische und kosmetische Waren wie Tabletten, Dragees, Hautcreme und Heftpflaster üblich. Auf dem Gebiet der Großverpackungen setzte man das Pappfass als Verpackung im Lebensmittelgroßhandel, im Drogen- und Farbengroßhandel sowie in der Bitumenindustrie ein. Da die bis dato üblichen Verpackungen von Industrieerzeugnissen viel Holz benötigten, wurden Graupappkisten statt Holzkisten und Wellpappe für Großverpackungen verwendet. Durch diese zahlreichen Umstellungen in der Verpackungsindustrie trat das Altpapier als Rohstoff wieder stärker in den Vordergrund.

### Aluminiumrecycling für die Flugzeugindustrie

Durch die Verordnung über unedle Metalle des RWM, die bereits 1934 erlassen wurde, erhielt Aluminium frühzeitig eine zentrale Rolle als Austauschstoff für importpflichtige Sparmetalle.<sup>132</sup> Auf zahlreichen Feldern wurde daher die Verwendung des Leichtmetalles vorangetrieben, sodass die Anwendung des Aluminiums in bis dahin unüblichen Anwendungsgebieten, z.B. im Armaturenbau, erreicht werden konnte. Der Flugzeugbau wurde ab 1934 zum neuen Leitsektor für die Aluminiumverwendung. Gleich-

zeitig verbrauchten der gezielte Ausbau der Reichsbahn und die Produktion des Volkswagens enorme Mengen.<sup>133</sup> Da die elektrotechnische Industrie aufgrund der massiv eingeschränkten Kupfervorräte Aluminium für die Herstellung von Freileitungen und Hochspannungskabeln verwenden musste, wurde sie bereits 1935 zum größten industriellen Konsumenten des Leichtmetalls. Im Zuge der exorbitanten Expansion der Aluminiumproduktion und -verarbeitung nahmen zahlreiche Primär- und Halbzeugproduzenten eigene Umschmelzwerke in Betrieb.<sup>134</sup> Der unverhältnismäßig hohe Bedarf an Aluminium gab das Tempo der Produktion vor: Die Vereinigten Aluminium-Werke AG (VAW) bauten Aluminiumhütten und Tonerdefabriken aus, um den stetigen Bedarf zu decken.<sup>135</sup> Kurz nach Kriegsbeginn schlossen sich die Schmelzwerke zur Arbeitsgemeinschaft Deutscher Aluminiumschmelzwerke e.V. zusammen, aus der im November 1940 die Vereinigung der deutschen Aluminiumschmelzwerke (VddA) hervorging. Mit dieser Vereinigung von 41 Schmelzwerken wurde der Wandel des Aluminiumrecyclings von einem unkontrollierten Geschäft zu einer selbstständigen und organisierten Branche vollzogen.<sup>136</sup>

Der Bedarf des Militärs an Aluminium stieg rapide an, da das Leichtmetall nicht nur für den Flugzeugbau, sondern auch für die Herstellung von Sprengkörpern und Störfolien – Stücke aus Aluminiumfolien, die, aus der Luft abgeworfen, die feindliche Radarüberwachung behindern sollten – benötigt wurde.<sup>137</sup> 1940 stand das Deutsche Reich mit 26,1 % der Weltproduktion an Hüttenaluminium an erster Stelle vor den USA mit 23,9 %.<sup>138</sup> Mit der Besetzung weiterer Teile Europas war die Bauxit-Versorgung zunächst noch gesichert, indem die besetzten Gebiete rücksichtslos ausgebeutet und gleichzeitig vorhandene

<sup>133</sup> Marschall, München (wie Anm. 132), 180.

<sup>134</sup> Helmut Maier, Flugzeugschrott und Suppentöpfe: Aluminiumrecycling in Deutschland vor und nach 1945, in: Roland Ladwig (Hg.), Recycling in Geschichte und Gegenwart, Vorträge der Jahrestagung der Georg-Agricola-Gesellschaft 2002 in Freiberg (Sachsen), Freiberg/Sachsen 2003, 75-94, hier 81.

<sup>135</sup> Marschall, Aluminium (wie Anm. 132), 181.

<sup>136</sup> Maier, Freiberg/Sachsen (wie Anm. 134), 81.

<sup>137</sup> Marschall, München (wie Anm. 132), 181.

<sup>138</sup> Helmut Maier, Ideologie, Rüstung und Ressourcen. Das kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung und die „Deutschen Metalle“ 1933–1945, in: Helmut Maier (Hg.), Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften, Göttingen 2002, 357-388, hier 368.

<sup>129</sup> Hoffmann, Berlin (wie Anm. 128), 418.

<sup>130</sup> Hermann Neumann, Papier und Pappe als Austauschstoff für Verpackungsmittel, in: Der Vierjahresplan 7, 418-419, hier 418.

<sup>131</sup> Ebenda, 419.

<sup>132</sup> Luitgard Marschall, Aluminium – Metall der Moderne, München 2008, 178 f.



Bestände beschlagnahmt wurden. In dem seit 1940 besetzten Norwegen sollte mithilfe norwegischer Wasserkräfte die Jahresproduktion von 200.000 t auf 1 Mio. t gesteigert werden, um der Luftwaffe ausreichende Mengen zur Verfügung stellen zu können.<sup>139</sup> Dieses gigantische Projekt wurde mittels verschiedener Pläne unter dem Namen *Leichtmetallausbau Norwegen* vorbereitet, konnte jedoch nicht realisiert werden: Zum einen blockierten sich die zahlreichen involvierten Behörden gegenseitig mit Bürokratiemaßnahmen. Zum anderen konnte keine ausreichende Produktion von Tonerde für die Elektrolyseanlagen erreicht werden, da die Bauxitversorgung in den besetzten Ländern seit 1941 abnahm. Insgesamt stagnierte die jährliche verfügbare Aluminiummenge bereits nach dem zweiten Kriegsjahr, was zunächst noch durch systematische Plünderungen und Beschlagnahmungen ausgeglichen werden konnte. Erst Ende 1942 setzte eine intensive Suche nach Alternativen ein. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die verunglückten Flugzeuge noch von Bergungseinheiten der Luftwaffe in eigenen Depots zerlegt worden. Der anfallende Flugzeugschrott wurde aus Transportgründen regional auf dem freien Schrottmarkt gehandelt. Nun befasste sich das NS-Regime nachdrücklich mit der Wiedergewinnung des brauchbaren Materials in Umschmelzwerken. Im Jahr 1942 wurde ein *Arbeitsring Umschmelzaktion* unter der Leitung des VAW-Vorstandsvorsitzenden Lutger Westrick gegründet, der sowohl den Schrottanfall der Luftwaffenzerlegebetriebe als auch der Produktionsabfälle der Luftfahrt- und Halbzeugindustrie organisierte.<sup>140</sup> Um die Abfälle in jene Umschmelzwerke zu kanalisieren, von denen eine sachgemäße Arbeitsweise zu erwarten war, wurden nur noch rund 30 Betriebe zugelassen. Die Qualitätsprobleme des Aluminiums bestanden darin, dass bereits die Primärerzeugnisse durchgängig unter anderem mit hohen Eisenteilen belastet waren.<sup>141</sup> Eisen war in den Gebrauchslegierungen unerwünscht, weil es zur Versprödung beitrug und die Korrosionsfestigkeit minderte. Aluminium ist insgesamt ein wenig toleranter Werkstoff. Kupferverunreinigungen waren für die Erzeugung von Duralium akzeptabel, für die Herstellung von Gusslegierungen der Aluminium-Silizium-Familie jedoch unerwünscht. Magnesium, Mangan, Nickel, Zink und

Blei erzeugten weitere Kontaminationen. Während des Krieges wurde die Stahlindustrie vollständig auf Umschmelzlegierungen umgestellt. Statt des wertvollen Hüttenaluminiums mussten nun die Umschmelzqualitäten *USt Al I* und *USt Al II* verarbeitet werden. Diese Normen waren jedoch schwer einzuhalten, wenn Schrotthändler und die Zerlegebetriebe die Flugmotoren auf Eisenrosten soweit erhitzen, dass die Kühlrippen abschmolzen, damit die Gusslegierung aufgefangen werden konnte. Dabei erhöhte sich nicht nur die Eisenkontamination. An den Flugzeugmotoren waren auch zahlreiche Kleinteile aus anderen Schwer- und Leichtmetallen angebracht, sodass unter anderem beträchtliche Mengen an unerwünschtem Blei und Zinn beigemischt wurden. Um diesen Missstand zu beheben, war dieses Schrottplatzverfahren seit etwa 1943 verboten. Die Motorenteile wurden grob vorsortiert direkt an die Umschmelzwerke versendet, um die schlimmsten Fehler bei der Vorbehandlung zu vermeiden. Das Aluminiumrecycling wurde schließlich zu einem Teil der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Je mehr Rohmaterial *vom Himmel geschossen wurde*, umso mehr Umschmelzwerke entstanden. Im Konzentrationslager (KZ) Auschwitz existierte ein Zerlegebetrieb mit 1.300 Häftlingen.<sup>142</sup> Er wurde 1944 von Auschwitz zum Lautawerk der VAW verlegt und als Außenlager des KZ Groß-Rosen weiterbetrieben. Allein in diesem Zerlegebetrieb mussten zwischen 800 und 2.500 Häftlinge inmitten hochgiftiger Dämpfe Flugzeugwracks zerlegen und umschmelzen. Insgesamt gab es bis 1945 mindestens 16 Zerlegebetriebe für Flugzeugschrott. Für das NS-Regime lohnte sich das Aluminiumrecycling. 1944 verfügte die Rüstungsindustrie über 393.000 t des Leichtmetalls, wovon sich der Anteil des Sekundäraluminiums auf circa 39 % belief. Von diesen rund 150.000 t wurden etwa 50.000 t aus Flugzeugschrott gewonnen. Obwohl die Fliegwerkstoffe vom Duralium-Typ gegen Kriegsende 50 % Umschmelzmetalle enthielten, wirkte sich dies nicht wesentlich auf ihre Festigkeitseigenschaften aus. Mithilfe des Aluminiumrecyclings war es möglich, dass das Deutsche Reich im Jahr 1944 seine höchste Produktion von Kampfflugzeugen erzielte.

<sup>139</sup> Maier, Freiberg/Sachsen (wie Anm. 134), 84 f.

<sup>140</sup> Ebenda, 86 f.

<sup>141</sup> Ebenda, 88 f.

<sup>142</sup> Ebenda, 87 f.



### Der totale Krieg 1942 bis 1945

Die wesentlichen Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung während des *totalen Krieges* lagen in der Konzentration aller wirtschaftlichen Kapazitäten auf die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft und die Rationalisierung der gesamten Produktion.<sup>143</sup> Die von Todt initiierte und später fortgeführte organisatorische Neugestaltung der industriellen Rüstungswirtschaft unter Speer führte von Anfang 1942 bis Mitte 1944 zu bedeutenden Ergebnissen.<sup>144</sup> In diesem Zeitraum verdreifachte sich die Produktion von Rüstungserzeugnissen. Der Übergang von handwerklicher Einzelfertigung zu industrieller Massenfertigung wurde durch die Synthese planwirtschaftlicher Lenkung und individueller Initiative weitgehend vollzogen. Die Produktionssteigerung konnte durch eine wesentliche Ersparnis beim Materialeinsatz je Erzeugungseinheit erreicht werden. Der Eisenverbrauch stieg nur geringfügig an, während der Verbrauch an wichtigen NE-Metallen sich in der gleichen Zeit beträchtlich verminderte. Diese „große Zeit der deutschen Wirtschaft“<sup>145</sup> konnte jedoch nur dadurch erreicht werden, dass es in der deutschen Wirtschaft zuvor viel Leerlauf gegeben hatte und die Produktionsfaktoren nicht voll ausgenutzt worden waren. Gleichzeitig wäre diese Leistung ohne die rücksichtsloseste Ausbeutung der eroberten Länder, deren vorgefundene Rohstoff- und Fertigwarenlager als leicht fassbare Beute betrachtete und für sofortige Zwecke kurzfristig verwendet worden waren, undenkbar gewesen.<sup>146</sup> Ein wichtiger Faktor war hierbei auch der Einsatz von Fremd- und Zwangsarbeitern. Der 1942 ernannte *Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz* Fritz Sauckel organisierte allein bis Mai 1944 den Einsatz von sieben Millionen Zwangsarbeitern und KZ-Gefangenen für die Wirtschaft. Diese Zahlen beinhalten aber weder die in den Lagern deutscher Industriebetriebe außerhalb des Deutschen Reichs zwangsbeschäftigten KZ-Gefangenen noch die Juden, welche in deutschen Betrieben in den Ghettos im Osten versklavt wurden.

### Die totale Erfassung aller Roh- und Abfallstoffe

Mit zunehmender Rohstoffknappheit gewann die Sammlung von Alt- und Abfallstoffen nochmals eine

höhere Bedeutung und wurde massiv ausgeweitet.<sup>147</sup> Im Rahmen der Wirtschaft des totalen Krieges bemühte sich Speer um eine erneute Zusammenfassung der Abfallwirtschaft. Unter dem Befehl von Major Schuh wurde ein besonderer Stab gebildet, der sämtliche Fragen der Abfallwirtschaft im besetzten Europa zu bearbeiten hatte. Die vorhandenen Dienststellen wurden ihm untergeordnet, wobei sich im Folgenden eine Vermischung von militärischen und zivilen Dienststellen ergab. Dem gravierenden Arbeitskräftemangel wurde entgegengewirkt, indem die Schüler noch stärker in das System der Abfallwirtschaft eingebunden wurden. Zusätzlich zu den Altmaterialsammlungen wurden die Schüler nun auch zu Heilkräutersammlungen eingesetzt. Neben ideologischen Hintergründen war die Hinwendung zur Heilpflanze im Nationalsozialismus auch wehrpolitisch motiviert: Durch die Selbstversorgung sollte ein Unabhängigkeit von Drogeneinfuhr aus dem Ausland erreicht werden, um durch Deviseneinsparungen Handelsbilanzüberschüsse zu erzielen.<sup>148</sup> Bereits seit 1939 wurden, von der Reichsarbeitsgemeinschaft für Heilpflanzenkunde und Heilpflanzenbeschaffung e. V. einheitlich organisierte Heilpflanzensammlungen durchgeführt.<sup>149</sup> Die für die Kriegszeit belegte Steigerung des Ernteertrags von Heilpflanzen wurde durch den verstärkten Einsatz von Schulkindern und später auch Zwangsarbeitern erreicht.

Ungeachtet der Tatsache, dass die Sammlung und Lagerung von Knochen eine Seuchengefahr in sich barg, wurde 1943 als besonderer Anreiz für die Knochenablieferung eine *Seifenprämie* eingeführt.<sup>150</sup> Für fünf Kilogramm Knochen sollte es ein Stück Kernseife geben, wobei allerdings nur Bezugsscheine für die Seife ausgegeben wurden. Doch nicht nur die Schulkinder – fast ausnahmslos erfasst von den nationalsozialistischen Jugendorganisationen – und die *Volksgenossen* sollten durch Prämien Anreize

<sup>147</sup> Huchting, Berlin (wie Anm. 13), 264.

<sup>148</sup> Gunther Schenk, Heilpflanzenkunde im Nationalsozialismus, Stand, Entwicklung und Einordnung im Rahmen der Deutschen Heilkunde, Baden-Baden 2009, 5 f.

<sup>149</sup> Cornelia Schlick/Christoph Friedrich: Sehnsucht nach Heilpflanzen, in: Pharmazeutische Zeitung 30, <http://www.pharmazeutische-zeitung.de/index.php?id=3421> (Eingesehen am 03.12.2012, 10.18 Uhr).

<sup>150</sup> Rainer Horbelt/Sonja Spindler, Tante Linas Kriegs-Kochbuch, Erlebnisse und Kochrezepte einer ungewöhnlichen Frau, <sup>2</sup>1985, 136.

<sup>143</sup> Huchting, Berlin (wie Anm. 13), 257.

<sup>144</sup> Wagenführ, München (wie Anm. 103), 124 f.

<sup>145</sup> Milward, Stuttgart (wie Anm. 104), 68.

<sup>146</sup> Barkai, Frankfurt/Main (wie Anm. 105), 223 f.



erhalten, zu *Rohstofffreiheit* beizutragen. Um Ingenieuren und Technikern neben administrativem Druck einen Anreiz zu geben, sich mit Rationalisierung und Rohstoffknappheit eingehend zu befassen, stiftete Hitler im November 1943 den *Dr.-Fritz-Todt-Preis*, der besondere erfinderische Leistungen sichtbar anerkennen sollte.<sup>151</sup> Für die Preisverleihung wurden gleich zwei jährliche Termine, der Geburtstag und der Todestags Todts, bestimmt. Was sich nicht mithilfe propagandistischer Maßnahmen der Wiederverwertung zuführen ließ, wurde *zwangsweise gesammelt*. Ein Erlass des RWM vom 14. Mai ordnete beispielsweise an, alle Kessel aus Kupfer und Kupferlegierungen zu erfassen und zu beschlagnahmen.<sup>152</sup> Eine Sonderstellung in den Bemühungen um eine totale Erfassung aller Rohstoffe nahmen die sogenannten *Reichsspinnstoffsammlungen* ein. Die seit 1941 jährlich im Sommer stattfindenden Spinnstoffsammlungen wurden der Öffentlichkeit mit hohem propagandistischem Aufwand bekannt gemacht, um zunächst die Armee und die ausgebombte Bevölkerung mit Kleidung zu versorgen.<sup>153</sup> Dabei sollten sogar sämtliche überflüssige Beamtenuniformen erfasst werden, was allerdings mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden war. Im weiteren Verlauf des Krieges bekam die Reichsspinnstoffsammlung eine neue Funktion, indem sie durchgeführt wurde, um der Bevölkerung die Herkunft des Bekleidungsmaterials für die Ostarbeiter zu erklären, deren Bekleidung tatsächlich aber aus den KZs und Vernichtungslagern stammte. Entsprechend einem vorläufigen Abschlussbericht des Chefs der *Aktion Reinhard*, Otto Globocnik<sup>154</sup>, vom 5. Januar 1944 wurden dem innerdeutschen Reich in der Zeit von 1942 bis einschließlich 15. Dezember 1943 insgesamt 1.901 Waggons mit Bekleidung, Wäsche, Bettfedern und Lumpen im Durchschnittswert von 26.000.000

RM zugeführt.<sup>155</sup> Zusammen mit den Lagerbeständen im Durchschnittswert von 20.000.000 RM ergab das die enorme Summe von 46.000.000 RM, mit der sich das NS-Regime an den Textilien der Ermordeten bereicherte. Die Kleidung wurde an die Familien von SS-Männern, an *Volksdeutsche* im Generalgouvernement Polen und in Russland sowie an Zwangsarbeiter verteilt.<sup>156</sup> Teilweise erfolgte auch eine Weiterleitung an textilverarbeitende Betriebe. Auch die textilen Faserstoffe standen in einer engen Beziehung zur Rüstungstechnik.<sup>157</sup> Diese umfasste den Bereich der allgemeinen Ausrüstung, der sich von Lederwaren bis zur Truppenverpflegung erstreckte. In diesem Zusammenhang müssen auch die textilen Faserstoffe gesehen werden, wobei hiermit nicht nur gebräuchliche textile Flächen (Weberei, Wirkerei, Filzerei usw.), sondern auch andere technologische Verarbeitungsformen wie Füll-, Dämm- und Pressstoffe zu verstehen sind. Hierbei gab es noch die Unterscheidung zwischen Materialien für die soldatische Ausrüstung (Mützen, Mäntel, Uniformdrilliche, Gurte, Brotbeutel, Fahnen usw.) und für eine allgemeine Truppenausrüstung (Zelt- und LKW-Planen, Segeltuche, Förderbänder, Munitionsgurte usw.), an die in der Regel sehr spezielle ausrüstungstechnische und textilphysikalische Anforderungen gestellt wurden. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum auch noch für die letzten Kriegsmonate am 23. Januar 1945 ein Führererlass zur „Erfassung der noch vorhandenen Bekleidungs- und Ausrüstungsbestände der Wehrmacht“<sup>158</sup> verfügt wurde. Infolgedessen sollte nicht nur sämtliche Bekleidung und Ausrüstung erfasst werden, sondern auch alle Spinnstoff- und Lederbestände, da die „aufs [sic!] Äußerste angespannte Rohstofflage“<sup>159</sup> einen „Gesamtüberblick“<sup>160</sup> erforderte.

<sup>151</sup> Martin Moll (Hg.), Führer-Erlasse 1939–1945. Edition sämtlicher, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, Hamburg 2011, 371 f.

<sup>152</sup> Horbelt/Spindler, Reinbeck bei Hamburg (wie Anm. 150), 137.

<sup>153</sup> Köstering, Münster (wie Anm. 39), 148.

<sup>154</sup> Otto (auch: Odilio) Globocnik, 21.04.1904.–31.05.1945, 1933 stellvertretender Gauleiter der NSDAP in Österreich, 1936 Stabsleiter der österreichischen Landesleitung der NSDAP, März 1938 Staatssekretär, Mai 1938 Gauleiter der NSDAP von Wien, 1938 Mitglied des Reichstages, 1939 SS-Standartenführer.

<sup>155</sup> Jüdisches Historisches Institut Warschau (Hg.), Faschismus – Getto – Massenmord, Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt/Main 1962, 422.

<sup>156</sup> Köstering, Münster (wie Anm. 39), 149.

<sup>157</sup> Güther Luxbacher, Roh- und Werkstoffe für die Autarkie, Textilforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Berlin 2004, 8.

<sup>158</sup> Moll, Hamburg (wie Anm. 151), 477.

<sup>159</sup> Ebenda.

<sup>160</sup> Ebenda.



### Fazit

Da die Problematik der Ressourcenverknappung bereits in vorindustrieller Zeit auftrat und sich in den modernen Industriegesellschaften zum Wegbegleiter des Wirtschaftswachstums entwickelte, war die Bewältigung der Rohstoffverknappung kein Themenkomplex, dessen sich das nationalsozialistische Regime erstmals angenommen hätte. Vielmehr machte sich das NS-Regime spezifische Zeitumstände zunutze. Die vorstrukturierenden Einflüsse des Kaiserreichs und der Weimarer Republik wurden wieder aufgegriffen, weiterentwickelt und ausgebaut. Dennoch waren sämtliche Bemühungen um eine systematische Erfassung und Verwertung von Abfällen im Nationalsozialismus von Beginn an dem Primat der Rüstung untergeordnet. Diesbezüglich lag ein Motivwandel in der Abfallwirtschaft vor. Weder die hygienische Beseitigung von Müll noch seine Volumenreduzierung waren von Bedeutung, sondern einzig die Rohstoffgewinnung von Altmaterialien. Auch Gesichtspunkte der Rentabilität spielten bei der Verwertung keine große Rolle, sondern vorrangig die Verbreiterung der Rohstoff- und Devisenbasis. Mögliche Umweltbelastungen durch Verwertungstechnologien hatten damals nahezu keine Bedeutung. Um Rohstoffe einzusparen beziehungsweise Sekundärrohstoffe wieder dem Kreislauf zuführen zu können, wurden alle Möglichkeiten ausgenutzt. Die menschenverachtende nationalsozialistische Rassenpolitik beutete Zwangsarbeiter und Juden für Recyclingverfahren aus, ohne die gesundheitlichen Folgen zu beachten; vielmehr wurde ihr Tod sogar billigend in Kauf genommen. Die Volksgenossen hingegen sollten mithilfe eines beispiellosen Propagandaapparates zur restlosen Abfallverwertung und umfassenden Rohstoffeinsparung erzogen werden. Die NS-Propaganda nahm jede Möglichkeit der Einwirkung wahr, es gab kein Gebiet des öffentlichen und privaten Lebens, das nicht von ihr durchdrungen war. Wenn die Erziehungsversuche nicht die gewünschte Wirkung zeigten, bediente man sich auch hier drastischer Strafen. Entsprechend der Kriegwirtschaftsordnung vom 4. September 1939 verhandelten Sondergerichte über Verstöße. Die sogenannten Kriegswirtschaftsverbrechen (z.B. Schwarzschlachten, Lebensmittelkartenbetrügereien, Horten von Rohstoffen und Lebensmitteln) wurden mit der Verhängung der Todesstrafe geahndet. Dieser Niedergang des Rechtsempfindens und die Instrumentalisierung der Justiz waren ebenso wie die

allumfassende Propaganda charakteristisch für die nationalsozialistische Diktatur.

Die Hauptursachen für Teilerfolge der nationalsozialistischen Abfallwirtschaft und des Ressourcenmanagements sind durch mehrere Faktoren begründet. Zunächst waren die Aufklärung und die Propaganda von essentieller Bedeutung, denn ohne die Mitarbeit der Bevölkerung wäre dieses System so nicht umsetzbar gewesen. Ihre Sammel- und Spendenbereitschaft war die Basis der Altstoffwirtschaft. Insbesondere Kinder und Jugendliche wurden schon frühzeitig so geschult, dass sie die geforderten Sparmaßnahmen verinnerlichten. Dem NS-Regime gelang es, einen Apparat aufzubauen, der die Jugend so prägte, dass sie für das System rücksichtslos eingesetzt werden konnte.

Zudem ermöglichten allein die Rohstoff- und Nahrungsmittelpfändungen der besetzten Gebiete, den Krieg gegen wirtschaftlich stärkere Staaten so lange fortzuführen. Des Weiteren war der wirtschaftliche Aufschwung mit der Umstellung der Kriegswirtschaft zu großen Teilen dem rücksichtslosen Einsatz von Fremd- und Zwangsarbeitern geschuldet. Letztlich konnte dieses System der Abfallwirtschaft nur mit den Möglichkeiten und Maßnahmen einer inhumanen Diktatur organisiert werden, die sich, gemäß ihrem Anspruch, die *Herrenrasse* zu verkörpern, nicht nur der Rohstoffe und Nahrungsmittel, sondern auch der Menschen rücksichtslos bediente.